PROTOKOLL

über die 35. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 13. Dezember 2001, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER: Ing. David Forstenlechner

VIZEBÜRGERMEISTER/IN: Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Gerhard Bremm

STADTRÄTE: Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Oppl

GEMEINDERÄTE: Kurt Apfelthaler, Rudolf Blasi, Claudia Durchschlag, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Stefan Fröhlich, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Hans Payrleithner, Edith Radmoser, Rosa Rahstorfer, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetz

VOM AMT: MD. OSR Dr. Kurt Schmid, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, OMR Mag. Helmut Golda, Dr. Michael Chvatal

ENTSCHULDIGT: -

PROTOKOLLFÜHRER: OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1) Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemässen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

2) Beantwortung von allfälligen Anfragen

3) Mitteilungen des Bürgermeisters

4) Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS

5) Verhandlungsgegenstände

6) Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4) der Tagesordnung:

1) GHJ2-80/01 Ursula Nikolau; Auflösung des Mietverhältnisses für zwei Wohnungen im Haus Wehrgrabengasse 87.

2) BauGru-22/01 Ankauf einer Teilfläche der Parzelle 287/2, Grundbuch Stein, von den Ehegatten Wilhelm und Erna Schedlberger zur Schaffung eines Fußweges.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

1) Fin-255/01 Waldorf-Kindergarten Redtenbachergasse 6; einmalige, außerordentliche Subvention für den laufenden Aufwand im Kindergartenjahr 2001/2002.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

2) Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad; Auftragserhöhung Architektenleistungen; Ausfinanzierung.

3) Stw-112/01 Städt. Kunsteisbahn; Wertanpassung per 1. 1. 02.

4) Stw-108/01 Städt. Wasserversorgung; Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 02.

5) Stw-99/01 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2000.

6) Stw-105/01 Reorganisation der Bilanzen 2001 Stadtwerke Steyr gem. neuem Statut der Stadtwerke per 2000.

7) Stw-101/01 Vermögenstransfer der Stadt an die Stadtwerke Steyr gemäß neuem Statut der Stadtwerke per 2000 und Grundsatzbeschluss des Vermögenstransfers im Gemeinderat und Gaswerkstransfer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

8) K-1/01 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2000“, Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

9) BauT-1/01 Kanalisation Innere Stadt; Teil 1; Auftragserhöhung für die vorläufige Endabrechnung.

10) BauStr-21/01 Abschluss eines Übereinkommens mit der Lutz GmbH über die Erschließung eines Bauplatzes an der Ennser Straße.

BERICHTERSTATTER STADTRAT WALTER OPPL:

11) Fin-257/01 Erhöhung des Stammkapitals der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr von derzeit S 500.000,-- auf Euro 37.500,--.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

12) Fin-28/01 Chorgemeinschaft „Stahlklang Steyr“; Ansuchen um Sonderunterstützung für 120-Jahr-Jubiläum im Jahr 2001.

13) Fin-167/01 Bruckner Sängerknaben Steyr; Konzertreise zum diesjährigen Chorfestival nach San Benedetto; Ersuchen um Übernahme der Reisekosten.

14) Fin-275/01 Nachzahlung für getätigte Investitionen an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung aufgrund einer Neuberechnung des Baukostenschlüssels für BA 09 - 19.

15) Präs-356/01 Neubestellung der Disziplinaroberkommission.

16) Präs-469/97 Änderung der Zusammensetzung des Personalbeirates.

17) Präs-719/98 Nachtdienstzulage für die Buslenker der Stadtwerke; Erhöhung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

18) Verf-22/00 II. Euro-Anpassungsverordnung; Änderung des/der Organisationsstatutes „Stadtwerke Steyr"; Organisationsstatutes „Alten- und Pflegeheim Tabor"; Kanal- Anschlussgebührenordnung, Deponietarifordnung.

19) Ges-10/95 Haushaltsordnung der Stadt Steyr; Euro-Anpassung.

20) Fin-100/01 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2002.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf die heutige Gemeinderatssitzung eröffnen. Die Einberufung war ordnungsgemäß und die Beschlussfähigkeit ist offensichtlich auch gegeben. Protokollführer sind heute GR Mag. Klausberger und GR Walter Gabath. Dr. Wetzl kommt etwas später, alle anderen dürften hier sein.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Herr Hoflehner kommt auch später.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gut, Herr GR Hoflehner und die Frau GR Frech kommen auch später. Zum Ablauf wollte ich noch sagen, dass wir ja vor haben zwischen 12.00 und 12.30 Uhr eine Mittagspause von 1 ½ Stunden zu machen. Um ca. 16.00 Uhr haben wir eine Kaffeepause mit Krapfen vor und am Abend wollen wir uns wieder gemeinsam im Schwechater Hof treffen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Wann machen wir dann die Sitzung?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zwischendurch haben wir dann vielleicht für die Sitzung auch Zeit. Als kleines Weihnachtsgeschenk, das habt ihr wahrscheinlich eh schon gesehen, liegt auf jedem Tisch von den Bruckner Sängerknaben diese Weihnachts-CD.

So, dann kommen wir gleich zu Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen. Herr Gemeinderat Günter Fürweger von der F-GR-Fraktion richtete mit Datum vom 13. 11. 2001 folgende Anfrage an mich, die ich zuständigkeitshalber an Herrn StR Oppl weitergeleitet habe. Ich ersuche Herrn StR Oppl um Verlesung und Beantwortung der Anfrage.

STADTRAT WALTER OPPL:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Der Herr GR Fürweger hat folgende Anfrage an den Herrn Bürgermeister gestellt.

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im November 1996 richtete ich eine schriftliche Anfrage an Herrn Vizebürgermeister Tatzreiter bezüglich der Ausstattung der städtischen Mietwohnungen mit Fließwasser. Es stellte sich heraus, dass zum damaligen Zeitpunkt 70 Mietwohnungen der Stadt Steyr im Bereich der Steinfeldstraße und der Ennsleite keinen Wasseranschluss hatten. Meines Wissens gibt es derzeit noch immer städtische Mietwohnungen ohne Wasseranschluss. Es ist für heutige Wohnbedürfnisse sicherlich unbestritten, dass eine Wohnung mit Flieswasser ausgestattet sein soll.

Ich stelle daher folgende Fragen:

1. Wie viele Mietwohnungen im Besitz der Stadt Steyr gibt es derzeit noch, die keinen Wasseranschluss haben?

2. Wann bekommen diese Mietwohnungen einen Wasseranschluss?

3. Wurden von ihnen Mittel im Budget 2002 für die Errichtung von Wasseranschlüssen in den städtischen Mietwohnungen veranschlagt?

Ich ersuche sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, diese Anfrage in der nächsten Gemeinderatssitzung zu beantworten."

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

Zu Frage 1):

Wie viele Mietwohnungen im Besitz der Stadt Steyr gibt es derzeit noch, die keinen Wasseranschluss haben?

Von der GWG werden 69 Magistratsobjekte mit insgesamt 634 Wohneinheiten verwaltet. Davon weisen 34 Wohnungen, das sind 5,36 %, keinen Wasseranschluss auf.

Dazu im Detail zwei wichtige Sachen. Im Objekt Steinfeldstraße 14 - 16, besser bekannt unter dem Namen Laubengang, welcher zum Abbruch vorgesehen ist, sind offiziell 24 Wohneinheiten aufgelistet, wovon 22 bereits geräumt sind und somit nur mehr 2 Wohnungen vergeben sind.

Im sogenannten „Unterstandshaus" Sierninger Straße 115 sind 11 Wohneinheiten untergebracht, denen 10 Einheiten keinen Wasseranschluss aufweisen.

Bei diesen zwei Objekten, meine sehr verehrten Damen und Herren, denke ich mir, ist es sicherlich so, dass hier zum einen beim Laubengang, kein Wasseranschluss mehr sinnvoll ist und bei dem Objekt in der Sierninger Straße 115, wo es sich ja um Wohnungen handelt wo Menschen wohnhaft sind, die man ja an und für sich sonst, auf gut Deutsch gesagt, nirgends mehr unterbringen kann.

Zieht man diese zwei Einheiten ab, dann ergibt sich ein Stand, dass von 599 Wohneinheiten 22 Wohnungen ohne Fließwasser sind, das sind insgesamt 3,67 %.

Zu Frage 2):

Wann bekommen diese Mietwohnungen einen Wasseranschluss?

Hier darf ich berichten, dass allen Mietern, welche um Einleitung des Fließwassers angesucht und mit der Aufrechnung der entstehenden Kosten auf die Miete, von einer Laufzeit von 10 Jahren, einverstanden waren, ein Wasseranschluss hergestellt wurde.

Dieses Angebot an die Mieterschaft besteht auch weiterhin für alle Wohnungen ohne Fließwasser, sofern dies technisch und wirtschaftlich möglich ist.

Zu Frage 3):

Wurden von ihnen Mittel im Budget 2002 für die Errichtung von Wasseranschlüssen in den städtischen Mietwohnungen veranschlagt?

Dazu möchte ich berichten, dass alle Mieter, bei denen das Fließwasser eingeleitet wurde, die Kosten getragen haben, sodass ein nunmehriger Anschluss an das Wasserleitungsnetz ohne

Kostenaufrechnung zu einer groben Benachteiligung aller übrigen Mieter führen würde.

Es sind daher im Budget 2002 keine Mittel diesbezüglich vorgesehen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke sehr. Eine weitere Anfrage der Grünen vom 6. Dezember an mich lautet:

Hat die Stadt Steyr vor Auslobung des Auswahlverfahrens Bezirkssporthalle Steyr ein Vorprojekt bezüglich Raumprogramm in Auftrag gegeben?

Wenn ja, wer hat diese Arbeit in Auftrag gegeben? In welchem Gremium wurde die Beauftragung beschlossen?

Wenn ja, wurde diese Arbeit entlohnt?

Waren die Vorarbeiten bezüglich des Raumprogrammes Grundlage für das Auswahlverfahren?

War der Jury und dem Vorsitzenden der Jury des Auswahlverfahrens bekannt, dass ein Vorprojekt bezüglich Raumprogramm erarbeitet wurde?

Hat der Ersteller des Vorprojektes bezüglich Raumprogramm am Auswahlverfahren teilgenommen?

War dem Bürgermeister und den Mitgliedern des Stadtsenates vor Beschluss der Vergabe der Generalplanerleistung bekannt, dass diese lt. OÖ. Vergabeordnung EU-weit ausgeschrieben hätte werden sollen?

Wenn ja, wann und von wem wurde der Bürgermeister bzw. wurden die Stadtsenatsmitglieder auf diese rechtliche Grundlage hingewiesen?

Hiezu kann ich Folgendes berichten:

<u>Zu Punkt 1):</u>

Die Stadt hat vor der Auslobung des Auswahlverfahrens kein Vorprojekt über das Raumprogramm in Auftrag gegeben. Die Grundlagen des Raumprogrammes wurden seitens der FA Schule und Sport gemeinsam mit der FA Stadtplanung und Stadtentwicklung der FA Hochbau erarbeitet. Unabhängig davon hat Bürgermeister Leithenmayr Herrn DI Schmid ersucht, sich Gedanken zu machen, wie die Dreifachturnhalle ausschauen könnte.

Mit der Beantwortung der Frage 1) mit nein erübrigt sich die Beantwortung der Fragen 2), 3), 5) und 6).

<u>Zu Punkt 4):</u>

Waren die Vorarbeiten bezüglich des Raumprogrammes Grundlage für das Auswahlverfahren?

Ja. Das hausintern erstellte Raumprogramm war Grundlage für das Auswahlverfahren.

<u>Zu Punkt 7):</u>

War dem Bürgermeister und den Mitgliedern des Stadtsenates vor Beschluss der Vergabe der Generalplanerleistung bekannt, dass diese lt. OÖ. Vergabeordnung EU-weit ausgeschrieben hätte werden sollen?

Nein, weil die Stadt der Meinung war, dass Arch. Schmid das ausschließliche Verfügungsrecht am Planungswerk der Einreichplanung hatte und ihm gemäß den einschlägigen Bestimmungen des OÖ. Vergabegesetzes der Folgeauftrag (Generalplanerleistungen) zu erteilen war.

Zu Punkt 8):

Aufgrund der Beantwortung von Frage 7) erübrigt sich diese Fragestellung.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Sie teilen unter Punkt 7) mit, dass der Bürgermeister und die Stadtsenatsmitglieder nicht informiert waren, dass das EU-weit ausgeschrieben hätte werden sollen?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Es war ihnen nicht bekannt.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Ich möchte klar stellen, dass uns Unterlagen vorliegen, dass den Stadtsenatsmitgliedern das sehr wohl bekannt war und 2. hat auch der Stadtrat der ÖVP, Herr Mayrhofer, in den Medien verlautbart, obwohl es nicht protokolliert ist in der GR-Sitzung vom Mai, dass er ständig auf diesen Passus hingewiesen hat. Darum meine Frage, sie war auch so gestellt, waren der Bürgermeister und die Mitglieder des Stadtsenates davon informiert? Sie haben ausdrücklich gesagt nein. Noch einmal die Frage: „Stimmt es tatsächlich, dass alle Stadtsenatsmitglieder von diesem Passus nicht informiert worden sind oder nicht informiert waren?“ Denn auch im Prüfungsausschuss ist ausdrücklich festgestellt worden, dass diese Generalplanerleistung über den Wert liegt. Diese Leistung hätte EU-weit ausgeschrieben werden sollen.

GR Ing. Klaus Hoflehner kommt um 9.20 Uhr in die Sitzung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Mir ist diese Form nicht bekannt. Ich kann die Stellungnahme nur in dieser Form geben. Also, mir persönlich war es nicht bekannt. Ob es den übrigen Mitgliedern und dem Bürgermeister Leithenmayr bekannt war, kann ich auch nur so herauslesen, dass das nicht bekannt war.

Wir kommen nun zu Punkt 3), Mitteilungen des Bürgermeister.

Die OÖGKK teilte mit Schreiben vom 3. Dezember zur Resolution des Gemeinderates betreffend CT und MR für Steyr Folgendes mit:

1. Grundsätzliches:

a) Die Einführung der Ambulanzgebühr ab 19. 4. 2001 ist vom Gesetzgeber zu verantworten. Die OÖ. Gebietskrankenkasse hat sich vehement dagegen gestellt und befürwortet die Einführung der Ambulanzgebühr keineswegs.

b) Die Finanzmittel der OÖGKK sind im beschränkten Ausmaße vorhanden. Es können daher auch Verträge für CT- oder MR-Tomographen nur dort vergeben werden, wo tatsächlich ein Bedarf besteht.

c) Zusätzliche Verträge für CT- bzw. MR-Geräte im extramuralen Bereich, die primär eine Auslagerung der Leistungen aus dem Spitalsbereich bewirken, verbessern die Versorgung der PatientInnen nur unwesentlich, führen aber zu einer wesentlichen Erhöhung der Gesamtkosten: Die Infrastruktur, die in Krankenhäusern bereits besteht (z. B. Geräte, Räume) müsste im extramuralen Bereich zusätzlich aufgebaut werden. Im intramuralen Bereich kann sie aber nicht im gleichen Ausmaß abgebaut werden, weil die Geräte und im Wesentlichen auch das Personal dort für den

stationären Bereich ohnehin vorzuhalten sind. Durch zusätzliche Verträge im extramuralen Bereich entstehen damit teure, nicht ausgelastete Parallelstrukturen, die nach dem Grundsatz der „angebotsinduzierten Nachfrage“ zudem auch noch die Untersuchungsfrequenzen unnötig in die Höhe treiben würden.

d) Die OÖGKK finanziert im Rahmen der Pauschalzahlungen für Spitäler (Krankenanstaltenfinanzierung) auch die in den Krankenhäusern für ambulante PatientInnen vorgesehenen Großgeräte. Durch zusätzliche Verträge im extramuralen Bereich verringert sich die Höhe dieser Pauschalzahlungen nicht. Die OÖGKK würde daher Untersuchungen, die von den Spitälern in den extramuralen Bereich ausgelagert werden, doppelt honorieren müssen. Politische Vorgaben in diese Richtung können bei entsprechender kaufmännischer Sorgfalt von uns nicht umgesetzt werden.

2. Im Fall Steyr bedeutet dies im Konkreten:

Das Ansuchen des Institutes für Computertomographie Dr. Graf/Dr. Walter KEG Steyr um Errichtung einer MRT-anlage vom Februar 2000, das Ansuchen der MR und CT Institut, Gesundheitszentrum Steyr GesmbH, um Errichtung einer CT- und MR-Anlage vom Jänner 2000 sowie deren modifiziertes Ansuchen um alleinige Errichtung einer MR-Anlage vom Juli 2001 wurde von der OÖGKK ablehnend beurteilt.

Die aktuellen Wartezeiten im Landeskrankenhaus Steyr sind akzeptabel (für ambulante CT-Untersuchungen liegen sie derzeit bei höchstens zwei Tagen, bei MR-Untersuchungen betragen sie im ambulanten Bereich ca. eine Woche). Die Frequenz für MR-Untersuchungen im Krankenhaus Steyr zeigen seit 1998 rückläufige Tendenzen. Laut Großgeräteplan 2001 besteht ein Planungsrichtwert hinsichtlich der Erreichbarkeit von Magnetresonanztomographen von 60 Minuten. Innerhalb dieses Richtwertes sind, abgesehen vom LKH Steyr, auch die privaten Vertragsinstitute in Linz erreichbar. Aus all diesen Gründen ist aus unserer Sicht eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung im Raum Steyr für MR-Untersuchungen gewährleistet.

Diese Ausführungen gelten sinngemäß auch für CT-Untersuchungen. Hier besteht ebenfalls im Hinblick auf die ausreichenden Kapazitäten des LKH Steyr aus unserer Sicht kein Bedarf nach einem extramuralen CT-Gerät. Dies zeigen auch die Frequenzen des bestehenden „Wahl-CT-Institutes“ (im Jahr 2000 rund 550 CT-Untersuchungen, d. h., täglich 2 - 3 CT’s). Mit einer solchen Auslastung ist ein wirtschaftlich sinnvoller Betrieb nicht möglich.

Gibt es dazu Fragen?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Ja, eine Feststellung. Ich möchte die Diskussion jetzt nicht anfangen, aber das ist eine Verhöhnung der Steyrer Bevölkerung und der Umgebung, weil es ist ein völliges Ignorieren der bestehenden Zahlen. Natürlich kann ich sagen, wenn ich denen keinen Vertrag gebe, haben sie eine schlechte Auslastung. Die Leute müssen ja dafür bezahlen. Sie müssen dann um teures Geld nach Linz, Waidhofen oder Wels fahren. Das ist eine Schlechterstellung des Steyrer Beitragszahlers. Das muss man ganz klar und offen sagen. Da der Steyrer GR dieses einstimmig beschlossen hat ersuche ich sie, dass wir da nochmals nachstoßen, weil so kann es ja nicht sein.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Keine Wortmeldung zu dem Punkt!

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Der Herr Bürgermeister hat gefragt, ob jemand Fragen hat. Also habe ich mir erlaubt, dass ich dazu etwas sage.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ja, das ist eh in Ordnung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Wenn sie nicht aufpassen, sie schwätzen ja die ganze Zeit.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ich habe heute noch einmal mit der GKK gesprochen und die eindeutige Erklärung zu diesem Thema war einfach diese geringen Wartezeiten. Aufgrund dieser Wartezeiten ist die Entscheidung der GKK in diese Richtung gefallen.

Das Bundesministerium für Inneres, da geht es auch wieder um eine Resolution, Generaldirektion für öffentliche Sicherheit, teilte mir mit Schreiben vom 13. November zur Resolution des Gemeinderates über das Wachzimmer Bahnhof Folgendes mit:

In Beantwortung ihres Schreibens vom 16. 10. 2001 wird seitens des Bundesministeriums für Inneres festgestellt, dass das Ressort bemüht ist, den hohen Sicherheitsstandard sowohl in den Städten, in denen Bundespolizeidirektionen eingerichtet sind, als auch auf dem Lande, wo die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit von Organen der Bundesgendarmerie wahrgenommen wird, zu erhalten bzw. zu verbessern.

Aus diesem Grund ist es erforderlich, den Ressourceneinsatz innerhalb der Einrichtungen der öffentlichen Sicherheit ständig zu beobachten und zu prüfen. Dieser Vorgang wird nicht dadurch motiviert, unter Missachtung der Sicherheitsbedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger Einsparungen vorzunehmen, sondern verfolgt vielmehr das Ziel, den Einsatz der Kräfte und Mittel der Grundlage objektivierter Vergleichskriterien, die sich sowohl auf die jeweiligen lokalen Gegebenheiten als auch auf den Umfang und die Qualität der (potentiell) anfallenden Arbeiten stützen, zu optimieren.

Die im Konzept der Bundespolizeidirektion Steyr vorgesehene Zusammenlegung der Wachzimmer Bahnhof und Münichholz lässt eine Erhöhung der Außendienstpräsenz der Sicherheitswache und eine Intensivierung der Bürgerbetreuung des Streifendienstes erwarten.

Das war die Antwort des Bundesministeriums.

Film über Steyr

Zur Zeit wird in Steyr der Dokumentar-Film „Steyr - Zukunft aus Tradition“ gedreht. Ausgestrahlt wird die 55-minütige Sendung am 31. Dezember 2001 um 18 Uhr in ORF 2.

Moderator des Beitrages ist der Schauspieler Wolfgang Hübsch, ein gebürtiger Steyrer, der auch als Tatort-Kommissar bekannt ist.

Ich möchte noch dazu erwähnen, dass dieser Film schon von einigen Herren gesehen wurde und ein fantastischer Film sein soll. Ich kann nur jedem empfehlen, sich diesen Film anzusehen.

Städtische Busse: ab Neujahr nur noch mit Euro

Ab dem Neujahrstag des Jahres 2002 kann man bei den Fahrschein-Automaten der städtischen Busse nur noch mit Euro bezahlen. Die Buslenker können keine Schillingbeträge in Euro umwechseln.

Besitzer von Bestpreis- und Wertkarten brauchen bei der ersten Fahrt im Jahr 2002 ihre Karten nur etwa zwei Sekunden an den Entwerter anlegen, damit wird der Schillingbetrag, der sich auf der Karte befindet, in Euro umgewandelt. Für Besitzer von 10-Fahrtenscheinen, Wochen-, Monats- und Jahresnetzkarten ändert sich nichts.

Es wird daher den Fahrgästen empfohlen, dass sie sich bereits im Dezember eine Chipkarte besorgen, um Probleme bei der Fahrscheinausgabe und Fahrgastabfertigung zu vermeiden.

Wieserfeldplatz: Arbeiten in der Endphase

Die Arbeiten auf dem Wieserfeldplatz, die vom Steyrer Magistrat durchgeführt werden, gehen in die Endphase. Wenn das Wetter passt, wird demnächst der Gehsteig auf der Richtung Tabor gesehenen rechten Straßenseite gepflastert und der Eingang zum Kindergarten verkehrssicher umgebaut. Feinbelag wird erst im nächsten Jahr aufgebracht, auch die Stiege im Bereich der RAIKA wird erst 2002 erneuert.

Die Stadt Steyr hat für die Oberflächengestaltung des Wieserfeldplatzes rund zehn Millionen Schilling ausgegeben. Unter anderem hat man die Mariensäule renoviert und versetzt, einen Mittel- und Quergang gepflastert, die Straße vollkommen neu gebaut, den Platz zwischen der Post und dem neuen Gebäude gepflastert und 17 Bäume gepflanzt.

Die Tiefgarage kann bis zur offiziellen Eröffnung (voraussichtlich Mitte Jänner) gratis benützt werden.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage

Die Arbeitslosenquote im November 2001 betrug 5,4 % und ist im Vergleich zum Vormonat um 0,7 % höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr erhöhte sie sich um 0,6 %.

Die Gesamtsumme der vorgemerkten Arbeitslosen betrug im November 2001 2.242 Personen. Diese erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 14,9 %, das sind 291 Personen, und gegenüber dem Vorjahr erhöhte sie sich um 13,3 %, das sind 263 Personen.

Im November 2001 sind 217 offene Stellen gemeldet, das sind im Vergleich zum Vormonat um 44 Stellen weniger sowie auch gegenüber dem Vorjahr um 204 Stellen weniger.

Das waren die Mitteilungen des Bürgermeisters. Ich bitte um die Kenntnisnahme der Beschlüsse des Stadtsenates.

Es gibt einen Dringlichkeitsantrag zu unserer Sitzung heute.

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr stellen die unterfertigten GR-Mandatare folgenden **Dringlichkeitsantrag**:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Alle Planungen und weiteren Vergaben von Aufträgen bezüglich Bezirkssporthalle Steyr werden bis zur Klärung von unten angeführten Punkten bis auf weiteres gestoppt.

Finanzierungsplan

Verfügbarkeit des Grundstückes

Architektonische Gestaltung nach dem „reduzierten Plan“ (Höhengestaltung, Aufteilung der inneren Wege, notwendige Nebenräumlichkeiten, Haustechnik, etc.)

Vorlage eines Verkehrskonzeptes für die Bezirkssporthalle lt. Stadtteilentwicklungskonzept Arch. Medek, Wien,

Berücksichtigung des Ergebnisses der eingebrachten Aufsichtsbeschwerden beim Land OÖ bezügl. Vergabe von Generalplanerleistungen

Klärungen der weiteren rechtlichen Fragen bezüglich Involvierung des Planers beim Vorprojekt.

Sollten diese Fragen bis zum 1. April 2002 nicht geklärt werden können, soll eine Neuausschreibung mit offener Bewertung des Standortes durchgeführt werden.

Das war die Formulierung dieses Dringlichkeitsantrages.

Jede Fraktion hat eine Wortmeldung. SPÖ? Herr Vzbgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:
Meine sehr verehrten Damen und Herren, werte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Zum Dringlichkeitsantrag bezüglich der Sporthalle glaube ich, dass ja schon in der Anfrage und in der Beantwortung vorher, die vom Herrn Bürgermeister gebracht wurde, hier schon aufgeklärt worden ist. Die Beschlüsse die bisher zum Errichten der Sporthalle geführt haben, entsprechen alle ihrer Richtigkeit und ihren gesetzlichen Grundlagen. Wir sehen als sozialdemokratische Fraktion keinen Anlass dafür, dass wir heute diesem Antrag die Dringlichkeit geben, dass wir der Dringlichkeit zustimmen sollen, geschweige denn, dass wir meinen, dass das überhaupt hier behandelt werden soll. Also, wir werden dieser Dringlichkeit keine Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
FPÖ bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Werter Herr Bürgermeister, meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates und Stadtrates, sehr verehrte Gäste. Zur Dringlichkeit: Hätte es einen besseren Beweis bedurft für die Notwendigkeit dieser Dringlichkeit, dann liest man heute die Zeitungen. Hier geht es ganz klar hervor, dass mit der Bezirkssporthalle gar nichts im Lot ist und dass alles infrage zu stellen ist. Ich sage grundsätzlich wirklich alles, weil wenn man nicht einmal weiß auf welchem Grundstück ich das Gebäude errichten werden und ich dann als Mitglied des Stadtsenates in einer Zeitung erfahren muss, dass man sie vielleicht ganz woanders baut oder zurück baut, weil wir mit dem Grundstückseigentümer nicht zurecht kommen, dann bekommen alle diejenigen, die von vornherein gesagt haben, klären wir zuerst die Rahmenbedingungen, mehr als Recht. Also, wenn es einen Beweis bedurft hätte, heute liegt er auf dem Tisch. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe immer kritisiert, dass hier nie eine Sicherheit eingebaut worden ist, im ganzen Ablauf, in der Werdung der Bezirkssporthalle. Sie erinnern sich, den Stadtentwicklungsplan hat der Herr Prof. Breitling gemacht, den Flächenwidmungsplan hat der Prof. Breitling gemacht, die Standortsuche hat Prof. Breitling gemacht, die Ausschreibung für den Wettbewerb hat der Prof. Breitling gemacht und er war oberster Juror in diesem Wettbewerb. Ja, meine Damen und Herren, was soll noch alles passieren, damit man hier eine Kontrollinstanz einbaut. Ich danke ihnen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das, heute, ist ganz offensichtlich ein Novum, weil bisher hat es keine Diskussionen über Dringlichkeiten gegeben, sondern wir waren eigentlich immer einstimmig der Meinung, dass eine Dringlichkeit gegeben wird und dass es als letzter Tagesordnungspunkt behandelt wird. Ich werte das wirklich als Indiz, dass das Ganze zu sehr

großer Unsicherheit anscheinend geführt hat und da muss man dann schon hinterfragen warum. Wir erinnern uns alle noch, glaube ich, sehr genau an den letzten Gemeinderat, wo diese Vergabe mit knappster Stimmenmehrheit beschlossen wurde. Zwischenzeitlich haben sich einige Ereignisse uns allen kundgetan unter anderem auch die Sitzung des Kontrollausschusses, wo die GAL-Fraktion dann auch in die Medien hinausgegangen ist und gesagt hat a) es ist nicht EU-konform, b) es sollte hier Vorleistungen eines Beteiligten gegeben haben. Ich glaube, dass das sicher aufgeklärt werden muss. Auch die nicht EU-konforme Geschichte, sie wissen, die ÖVP hat eine Aufsichtsbeschwerde beim Land eingebracht. Auch dieses Ergebnis sollte abgewartet werden, weil davon natürlich auch Förderungen des Landes abhängig sind. Wenn das Land wirklich zum Beschluss kommt, dass hier nicht rechtmäßig vorgegangen wurde, dann kann es auch keine Förderung dafür geben. D. h., mit dem neuen Standort, mit einer Verschiebung können wir sicher Leben. Auch Anpassungen, die in der Planung vorgenommen wurden, finden unsere Zustimmung. Aber diese rechtliche Situation sollte man auf jeden Fall abwarten. Ich glaube, dass hier eine übertriebene Hast kontraproduktiv ist und zum Schaden der Stadt wäre. Ich glaube, da rennen uns jetzt ein paar Wochen wirklich nicht davon. Ich ersuche um Zustimmung zur Dringlichkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Grüne!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Ich glaube, jeder wünscht sich eine Bezirkssporthalle, nur müssen die Rahmenbedingungen auch dazu passen. Was ist so lächerlich daran?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Das betrifft nicht dich.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Da ist jemand hinaus gegangen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Ist ihm schlecht geworden?

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:
Ich denke mir, weil man jetzt so in den Zeitungen lesen kann, was weiß ich, was halt mein Kurz- oder Langzeitgedächtnis in dieser Sache ein bisschen anzweifelt, was hätten wir denn machen sollen. Im September war diese Sachlage noch nicht bekannt und im Anschluss daran hat es dann andere Ergebnisse geben. Wenn wir uns dann nicht gerührt hätten, dann hätte man mir einen Vorwurf machen können. Aber nur, ich bin der Obmann des Prüfungsausschusses und ich finde es ein bisschen witzig, wenn dann quasi in den Zeitungen steht, ich habe mich nicht erinnern können. Natürlich habe ich mich erinnern können, aber in der Zwischenzeit sind andere Dinge daher gekommen. Wie gesagt, ich denke mir es ist eh schon sehr viel darüber geredet worden, ich will mich da auch nicht länger verbreitern, ich sage nur eines: Wir wollen im Prinzip diese Bezirkssporthalle, wir wollen aber auch, dass die Vergabe und die ganzen Rahmenbedingungen passen. Sollte da jetzt etwas daher kommen oder andere Erkenntnisse, sollten wir uns bemühen, auch für Projekte, die in Zukunft stattfinden werden, von Haus aus einmal eine rechtlich einwandfreie Vorgangsweise zu üben. Das gilt es noch zu prüfen. Darum bin ich auch dafür, dass man die Dringlichkeit hier annimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dem Antrag die Dringlichkeit zugesteht, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. 16 (FPÖ, ÖVP, GAL). Wer ist

gegen diesen Antrag? 17 SPÖ (GR Mag. Klausberger war draußen). Danke schön, damit ist die Dringlichkeit dieses Antrages abgelehnt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:
Also dann kommt er nächstes Mal regulär auf die Tagesordnung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, das wissen wir eh.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Nächster Punkt auf der Tagesordnung sind die Verhandlungsgegenstände. Ich bitte als erste Berichterstatterin Vzbgm. Friederike Mach ans Rednerpult.

BE: VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Sehr geehrte Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, werte Gäste. Ich habe heute nur einen Antrag. Ich hoffe ich kann den Antrag vorlesen, dass es etwas ruhiger wird. Es geht um eine einmalige Subvention für den Waldorf-Kindergarten Redtenbachergasse 6. Wir haben das ja im Sozialausschuss ausführlich durchgenommen und auch einen einstimmigen Beschluss gefasst um Weiterleitung an den Stadtsenat zur Beschlussfassung und dann an den Gemeinderat. Es geht um S 50.000,--.

1) Fin-255/01 Waldorf-Kindergarten Redentbachergasse 6; einmalige, außerordentliche Subvention für den laufenden Aufwand im Kindergartenjahr 2001/2002.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 16. November 2001 wird dem Waldorfkindergarten „Freunde der Waldorfpädagogik“, Steyr, Redtenbachergasse 6, eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 50.000,-- (3.633,64 Euro) **(Schilling fünfzigtausend)**

für den laufenden Aufwand im Kindergartenjahr 2001/2002 gewährt.

Zum genannten Zweck wird eine Kreditübertragung in Höhe von S 50.000,-- von der VASt. 1/424000/757100 (Tagespflegezentrum Ennsleite) auf die VASt. 1/240000/757000 (Waldorfkindergarten) bewilligt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Zu Wort gemeldet hat sich Frau GR Durchschlag.

GEMEINDERÄTIN CLAUDIA DURCHSCHLAG:
Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Gäste. Selbstverständlich wird die ÖVP-Fraktion ihre Zustimmung zu diesem Antrag geben, sind es doch immerhin 21 Steyrer Kinder, die den Waldorfkindergarten besuchen und wir erachten auch die Waldorfpädagogik als sehr gute Alternative. Wir bitten allerdings die Frau Vizebürgermeisterin ihr Gewicht sozusagen in die Waagschale zu werfen und einzuwirken auf beide Gruppen, also, wenn man nur vom gewöhnlichen Gewicht ausgehen würde, wäre es zuwenig, aber das Gewicht ihres Wortes in die Waagschale zu werfen, einfach auf die beiden Gruppen einzuwirken, dass die wirklich vielleicht miteinander eine Gesprächsbasis finden, weil es kann nicht sein, dass die Stadt Steyr doch relativ viel Geld in ein Haus

investiert, damit dort ein Waldorfkindergarten sich einquartieren kann und dann gibt es Abspaltungen. Wir wissen auch, wie das mit sogenannten einmaligen, nicht rückzahlbaren Subventionen ist, die haben die Tendenz, dass sie jedes Jahr wieder kommen, und sich vielleicht dann auch noch erhöhen. Ich denke, das würde das Budget der Stadt, heute haben wir schließlich auch noch Budget-Gemeinderat, ziemlich unnötig, in dem Fall, erhöhen. Also vielleicht wirklich noch einmal der Appell an die zwei Gruppen sich zusammen zu setzen und vielleicht dieses Haus, das sicher groß genug ist für zwei Gruppen, dass doch beide hineinziehen und dass die Stadt nicht extra noch Subventionen für beide geben muss. Danke.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:
Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Wunsch von der Kollegin Durchschlag, der jetzt geäußert worden ist, kommt reichlich spät. Es hat mehrere Sozialausschüsse zu diesem Thema gegeben, es hat auch eine GR-Sitzung gegeben, die vor einem ¾ Jahr war, wo wir über die Investition im Münichholz, über das Gebäude, diskutiert haben und dann einen Abänderungsantrag formuliert haben. Damals, ab diesem Zeitpunkt, wäre es notwendig gewesen, dass die Stadt eine Vermittlerrolle einnimmt. Mittlerweile ist ein ¾ Jahr vergangen. Diese Streitereien sind so weit gegangen, dass sich eben zwei Gruppen gebildet haben. Soweit ich die beiden Kindergärten kenne und soweit ich die Vorstände und die beiden Vereine kenne, gibt es da keinen Weg, der zusammenführt. Es ist jetzt Realität, dass wir S 50.000,-- einmalig an den Kindergarten in der Redtenbachergasse vergeben, der 21, meines Wissens sogar 23 Kinder hat, und dass wir andererseits eine Millionenförderung an die andere Gruppe haben, wo derzeit 9, 10 Kinder sind. D. h., das ist so festgefahren und wer die beiden Gruppen kennt, weiß, dass da kein Weg mehr zusammenführen wird. Dadurch, dass die Stadt diese Vermittlerrolle nicht wahrgenommen hat, sind wir sicher damit konfrontiert, dass wir auch in Zukunft mit zwei Kindergärten leben müssen. Die Frage kommt ganz sicher im Frühjahr auf uns zu, wie dann die Zukunft mit dieser größeren Gruppe, die derzeit in der Redtenbachergasse ist, ausschaut. Billiger wird es sicher nicht und das ist sicher ein Vorwurf, den man der Sozialreferentin machen muss, dass sie damals nicht diese Rolle eingenommen hat. Jetzt ist es vorbei.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke sehr. GR Hauser bitte.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Geschätzter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste und geschätzte Presse. Also, wenn ich mir jetzt den Herrn Kollegen Kupfer angehört habe, dann denke ich mir, die Vermittlerrolle wäre so oder so den Bach hinunter gegangen. Die Geschichte war ja von Haus aus schon so verfahren, dass man sagt es war eine Katastrophe. Wir haben das ja schon damals erkannt, wie wir überhaupt diesen Abänderungsantrag gemacht haben. Eines ist auch klar, in der Regel ist es so, dass aufgrund solcher Streitereien immer zusätzliche Gruppierungen entstehen und dann beide natürlich gerne dasselbe hätten. Wenn wir jetzt sozusagen hergehen und sagen die Stadt hat hier die Vermittlerrolle verpasst, dann muss ich sagen, ja Sturheit kann man mit vermitteln halt nicht verändern. Wenn halt jeder Stur auf seinem Prinzip verharrt, dann wird sich das auch in Zukunft nicht verändern. Wir werden halt darüber nachdenken müssen, wie wir diese beiden Gruppierungen in Zukunft finanzieren können. Aus meiner Sicht ist es auch so, dass wir nicht davon ausgehen können, dass wir sagen, wir operieren das eine mit einer laufenden Subvention und das andere ständig mit einer nicht rückzahlbaren Subvention, nur damit sozusagen die Kinder einen besseren Namen dabei haben. Aber eines glaube ich müssen wir als Realität zur Kenntnis nehmen. Liebe Claudia, auch wenn die Frau Vizebürgermeisterin ihr Gewicht noch so sehr in die Waagschale wirft und wenn sich der ganze Gemeinderat hineinsetzt wird sich da nichts ändern. Das sage ich euch nämlich ganz offen und ehrlich.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich werde dein Gewicht vorschlagen.

GEMEINDERAT WILHELM HAUSER:
Das könnt ihr auch haben, ich habe da gar nichts dagegen, aber es wird an der Sache nichts verändern. Nicht nur weil die Sache verfahren ist, sondern weil es ganz unterschiedliche Interessen in diesen beiden Gruppierungen gibt und alle wollen Chef sein und alle wollen dabei etwas anbieten. Daher glaube ich ganz einfach, dass wir uns darüber unterhalten müssen, wie wir das in Zukunft finanzieren und nicht glauben, dass wir mit irgendwelchen Gesprächen da was verändern werden. Es wird sich nicht verändern lassen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Danke schön. Es gibt keine Wortmeldungen mehr. Das Schlusswort bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:
Ja, ich bin zwar nicht so ganz der Meinung, dass man das nicht verändern kann. Ich möchte zum Herrn Kupfer aber eines sagen. Ich glaube, er ist da schlecht informiert. Ich habe laufend bei meinem Sprechtag jedes Mal jemanden hier gehabt. Einmal von dem Verein und einmal von dem Verein. Ich habe auch gesagt, der Verein ist autonom, da kann man normal nicht eingreifen. Ich habe aber die Leute gebeten, dass sie sich wieder vertragen sollen, weil sie wollen ja dass das Kind im Waldorfkindergarten pädagogisch gebildet wird und selbst streiten sie. Da fehlt mir jedes Verständnis. Man muss auch dazu sagen, wenn die Eltern so unvernünftig sind, dass sie sich gegenseitig beflegeln und schlecht machen. Ich kann ihnen seitenweise die Briefe zeigen, was ich von den einzelnen Vereinen bekommen habe, wie sie über den anderen Verein geschimpft haben. Das ist für mich eine Kinderei, weil mir soll es eigentlich um das Wohl meines Kindes gehen, damit es die Waldorfpädagogik bekommt und nicht, dass ich alles ins negative Licht stelle. Ich kann ihnen da Sachen erzählen. Da haben sie geschrieben, nur zu ihrer Kenntnisnahme, bitte nicht um Weiterverwendung. Ich habe es auch nicht weiter verwendet und habe es auch nicht an die Presse gegeben. Ich hätte in das Geschehen noch ein bisschen mehr Wirbel hineinbringen können. Das war aber nicht mein Sinn. Mein Sinn ist, genauso wie die Frau Durchschlag gesagt hat, ich werde denen einen Brief schreiben wo drinnen stehen wird, wir haben einen großen Waldorfkindergarten der sehr schön gebaut worden ist, wo die Stadt jetzt im Jahr 2002 und im Jahr 2003 jeweils S 441.000,-- für diesen Umbau dazu leistet und ich glaube auch, dass es wichtig ist, wenn man so ein großes Haus hat, da können zwei und drei Gruppen sein. Aber sie müssen sich halt vertragen. Die Kinder werden sich vertragen, aber die Eltern werden sich nicht vertragen. Das ist meines Erachtens eine Feststellung. Ich habe eine Hoffnung. Durch das, dass sehr viele Kinder mit der Schule beginnen, im oberen Kindergarten, Redtenbachergasse, wo es um die heutigen S 50.000,-- geht, habe ich diese Hoffnung, dass neue Kinder kommen, dass die Eltern dann so vernünftig sind, dass sie dann diesen Waldorfkindergarten, den offiziellen Kindergarten, buchen. Es ist mir auch von einer Mutter gesagt worden, ich habe das auch im Sozialausschuss gesagt, dass die Eltern bereits überlegen und einsehen, dass sie zum Teil einen Fehler gemacht haben. Das ist mir von einer Frau gesagt worden, die befreundet ist mit einer Mutter, die in den anderen Kindergarten geht. Also, es ist ja nicht so. Ich werde selbstverständlich das in meinem Schreiben noch einmal anführen. Eines soll man ja auch bedenken. In der Redtenbachergasse ist ja die Zusage nur ein Jahr. Im Juli 2002 ist das Jahr um und dann ist natürlich wieder die Herbergssuche da. Ich sehe nicht ein, dass ich eine Herbergssuche mache, wenn ich bereits ein Gebäude habe. Ich werde das sehr vertreten und werde auch ersuchen, dass die Eltern wieder vernünftig sind und sich vertragen und dass man hier einen Konsens findet. Ich habe auch mit der Frau Riedler gesprochen und werde auch weiterhin Gespräche führen. Wir werden sehen und alle hoffen. Darum habe ich gesagt, eine einmalige Subvention. Das wird auch im Brief aufscheinen. Ich ersuche nun den Gemeinderat um Abstimmung für diese S 50.000,--. Ich kann ihnen versprechen, ich werde mein Gewicht einsetzen, weil so schmal bin ich auch wieder nicht.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Na ja schon. So, danke sehr. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Einstimmige Annahme. Ich danke der Berichterstatterin. Nächster Berichterstatter ist Roman Eichhübl.

BE: STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Frau Vizebürgermeisterin, werte Herrn Bürgermeister, geschätzte Damen und Herren Gäste, sehr geehrte Vertreter der öffentlichen Medien, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates. Ich habe ihnen heute eine Reihe von Anträgen zur Beschlussfassung vorzulegen und ich darf sie gleich vorweg um wohlwollende Beurteilung dieser ersuchen. Ich habe ja fast den Verdacht, dass mir heute jemand eine Freude machen wollte, indem, dass all diese Anträge zusammengefasst wurden, aufbewahrt wurden, um mir die Möglichkeit zu bieten noch vor Weihnachten in Erscheinung zu treten.

Gelächter

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine Damen und Herren, es freut mich sehr, dass ich ein bisschen zur Erheiterung beigetragen habe. Es hat ja schon so ernst begonnen heute, diese Sitzung, die so lange andauern soll. Angeblich soll sie ja bis 2 Uhr früh dauern, wenn ich richtig informiert worden bin. Ich darf aber trotzdem, um die Sitzung nicht zu verzögern, mit den Anträgen beginnen.

Meine Damen und Herren, der erste Antrag betrifft die Sanierung Hallenbad, die Auftragserhöhung der Architektenleistungen und die Ausfinanzierung. Ich bin sozusagen zum Laienstadtrat ernannt worden, denn dieser Antrag kommt ja aus dem Bauamt. Ich hoffe der Kollege Mayrhofer wird mir noch einmal verzeihen. Meine Damen und Herren, der Gemeinderat hat sich ja bereits mit der Auftragserhöhung auf 69 Millionen Schilling dieses Bauvorhabens und dieser Sanierung beschäftigt. Ursprünglich waren etwa 60 Millionen dafür vorgesehen und daraus resultierend erhöht sich auch die Honorarschlussrechnung des Architekten um S 234.493,80. Ich darf, so wie im Stadtsenat, darauf hinweisen, dass nach der OÖ Honorarordnung eine 10%-ige Reduzierung, ein Nachlass, bereits in Abzug gebracht worden ist. Nachdem bisher nur ein Teilbetrag ausbezahlt wurde, darf ich ihnen den Antrag des Stadtsenates vortragen.

2) Bau5-3862/88 Sanierung Hallenbad; Auftragserhöhung Architektenleistungen; Ausfinanzierung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III, „FA Hofbau“, vom 19.11., *jetzt hätte ich den Herrn Mayrhofer schon fast aufgewertet, indem ich gesagt habe „Hofbau“, sie haben es sicherlich gehört,* vom 19. 11. 2001 wird der Auftragserhöhung für die Architektenleistungen in Höhe von S 234.493,38 sowie der restlich erforderlichen Mittelfreigabe in Höhe von

S 1.800.000,00 bei VSt. 5/833000/010140

zugestimmt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.800.000,00 notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Herr Bürgermeister ich darf dich bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung über diesen Antrag durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine Wortmeldung? Gibt es nicht. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich darf dich um den nächsten Punkt bitten.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Danke. Der zweite Antrag, den ich ihnen vorzutragen habe, betrifft die Städt. Kunsteisbahn. Ich darf nur der Ordnung halber sagen, dass die weiteren Anträge alle vom Verwaltungsausschuss kommen. Dieses Mal geht es um eine Wertanpassung im Bereich der Städt. Kunsteisbahn per 1. 1. 2002, wobei ich hier doch auch anmerken möchte, obwohl die Frau Kollegin Frech heute nicht da ist, dass es sich dieses Mal tatsächlich um eine Wertanpassung handelt und daher auch diese Ausdrucksweise völlig gerechtfertigt ist. Die Preisanpassung soll in erster Linie eine Anpassung sein, welche das Kassieren nach Euroumstellung schnell und einfach halten soll. Da wird auch im Amtsbericht darauf hingewiesen. Da allerdings, was diese Formulierung betrifft, sind die 12 Tarifsenkungen gemeint. Ein Positivum, das auch Kollege Hauser bereits im Ausschuss angemerkt hat, ist, dass auch mit diesem Antrag beabsichtigt ist, die Altersgrenze unserer jungen Besucher dieser Anlage von 5 auf 6 Jahre, analog dem Verkehrsbetrieb und dem Stadtbad, vorzuschlagen. Des Weiteren soll auch mit dieser moderaten Anhebung unter der Inflationsrate auf die sinkende Eislaufbesucherzahl reagiert werden. Das betrifft im Konkreten die 9 Tarifanhebungen. Ich darf ihnen daher, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, den Antrag des Verwaltungsausschusses vortragen.

3) Stw-112/01 Städt. Kunsteisbahn; Wertanpassung per 1. 1. 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 12. 11. 2001 über die Preisanpassung für die städt. Kunsteisbahn mit Wirksamkeitsbeginn 01. 01. 2002 und zufolge des Beschlusses im Verwaltungsausschuss für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ entsprechend der Beilage wird der Anwendung der neuen Eintrittspreise zum genannten Zeitpunkt zugestimmt. (Beilage)

Ich darf bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung vorzunehmen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Wieder die gleiche Frage. Ist jemand gegen diesen Antrag? Eindeutige Zustimmung. Nächster Punkt bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Der nächste Punkt betrifft die städt. Wasserversorgung, konkret die Wassergebührenordnungsänderung zum 1. 1. 2002. Ich möchte auch hier sehr deutlich, bevor ich ins Detail gehe, darauf hinweisen, dass dieser Antrag im Verwaltungsausschuss ausführlich diskutiert wurde und dort einstimmig auch beschlossen wurde um eben ihnen Folgendes vorzutragen. Erstens soll der Wasseranschluss etwas teurer werden und zwar finden sie ja in den Unterlagen eine Auflistung von 20 mm Nennwert bis 200 mm Nennwert, wobei den Grundlagen entsprechend die Indexanhebung von 2,5 % zum Tragen kommt. Des Weiteren geht es um die Wasserbezugsgebühren, die entsprechend einer Kalkulation der Stadtwerke um 44 Groschen auf S 15,14 exkl. der Umsatzsteuer per 1. 1. 2002 anzuheben sind. Der Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung „Stadtwerke Steyr“ an den Gemeinderat lautet:

4) Stw-108/01 Städt. Wasserversorgung; Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2002.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke vom 29. 10. 2001 wird der Wertanpassung der Wasserleitungsanschlussgebühren und der Wasserbezugsgebühr entsprechen dem in der Beilage mitübermittelten Verordnungsentwurf und der darin enthaltenen Gebührenhöhe zugestimmt. (Beilage)

Ich darf bitten, darüber ebenfalls die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine Wortmeldung? Ich sehe keine. Ich darf zur Abstimmung kommen. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Nunmehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich eine Vorwarnung aussprechen, es geht noch einmal um einen doch etwas, dem Umgang nach, größeren Antrag, es geht um die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung der Stadtwerke Steyr für das Jahr 2000. Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates ich möchte dazu einige Anmerkungen machen und beginne wie folgt: Die Jahresbilanz 2000 für die Stadtwerke und damit auch natürlich inkludiert die Gewinn- und Verlustrechnung für beide Bereiche, Stadtwerke und auch für den Versorgungsbetriebeverbund Gas und Verkehr, präsentieren sich mit vielen Diagrammen und vor allen Dingen aber auch mit sehr vielen Zahlen. Trotzdem, oder gerade deswegen sollte man nicht vergessen, dass hinter diesem Zahlenwerk das Bestreben aller Mitarbeiter der Stadtwerke steht, unserer Bevölkerung gute Dienstleistungen zu erbringen. Ich darf mich an dieser Stelle bei den Mitarbeitern dafür bedanken. Seit Mitte des Jahres 2000 ist ein neues Statut für die Stadtwerke in Kraft, das unter anderem eine rechtliche Gleichstellung aller Teilbetriebe bewirkt. Durch die Bildung eines Verwaltungsausschusses, wir sind ja inzwischen sehr oft zusammen gekommen, konnte man feststellen, dass raschere Entscheidungen möglich geworden sind. Dies forderte ja auch seinerzeit, ich möchte nur ganz kurz darauf hinweisen, bei mehreren Überprüfungen auch der Rechnungshof. Die statutenkonforme Veränderung der Verantwortungsbereiche wurde bereits umgesetzt. Die ebenfalls aus den neuen Statuten resultierende Vermögensumschichtung soll mit heutigem Antrag, wir kommen noch darauf zurück, mit Stichtag 1. 1. 2001 in die Bilanz 2001 eingearbeitet werden. Obwohl die Ergebnisse des Jahres 2000 der Stadtwerke sowie des Betriebeverbundes im Verwaltungsausschuss sehr ausführlich diskutiert wurden, möchte ich vor diesem Gremium doch noch einige Details herausgreifen, vor allen Dingen aber auch deswegen, weil ich gerade vor einem Jahr, anlässlich der Budgetdebatte, darauf hingewiesen haben, welche Entwicklung im Betriebeverbund, vor allen Dingen beim Gasgeschäft und damit auch im Zusammenhang stehend beim Verkehrsbetrieb abzeichnet. Erstmals, und das darf ich auch erwähnen, wird für das Jahr 2000 die Bilanz der Stadtwerke als Gesamtbilanz dargestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnungen der Teilbetriebe werden wie bisher einzeln ermittelt und sind auch ihren Unterlagen beigelegt. Der Gesamtumsatz stieg von 1999 184,9 Millionen auf 189,9 Millionen im Jahr 2000 und ergibt daher einen Pro-Kopf-Umsatz von 1,37 Millionen Schilling was einer Produktivitätssteigerung von 2 % entspricht.

Zum Betriebeverbund Gas und Verkehr. Wie im Geschäftsbericht hingewiesen wird, entwickelte sich im Verkehrsbetrieb einerseits der Ertrag aus den Erlösen und die Fahrgastzahlen positiv, wobei auch hier anzumerken ist, dass die Ermittlung der Fahrgastzahlen nach einem anderen System erfolgt. Man hat als Berechnung die verkauften Fahrschein einbezogen und vor allen Dingen auch, was bisher nicht der Fall war, die Verbundfahrscheinbesitzer ermittelt. Dieser Entwicklung, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates stehen aber höhere Aufwendungen in Höhe von 1,6 Millionen Schilling gegenüber, resultierend vor allen Dingen aus den Verteuerungen beim Treibstoff und dem Personal. Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ergibt eine Minuserhöhung von 1,7 Millionen Schilling auf 24,9 Millionen Schilling. Ein interner Betriebskostenzuschuss von 9 Millionen Schilling sowie Rücklagenzuführungen von 1,9 Millionen Schilling vermindern diesen Verlust auf 14 Millionen Schilling. Das mag zwar auf den ersten Blick, wenn man sich im Vergleich den Verlust aus den Darstellungen 1999 ansieht, der 23,3 Millionen Schilling betragen hat, gar nicht so schlecht ausschauen. Allerdings muss man sich klar darüber sein, dass diese Situation das Gaswerk in zweifacher Hinsicht betrifft. Zum einen durch den erwähnten Betriebskostenzuschuss an den Verkehrsbetrieb, zum anderen durch die Tatsache, dass der Mehraufwand beim Gaseinkauf, also was tatsächlich die Stadtwerke für dieselbe Menge mehr an Geld auf den Tisch des Hauses legen mussten, 19,6 Millionen Schilling betragen hat. Das bedeutet, dass das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit nur mehr ein Plus von 2,4 Millionen Schilling, im Jahr 1999 waren es noch 19,3 Millionen Schilling, ausweist. Der Bilanzgewinn sank demnach im Jahre 2000 von 18,4 auf 0,4

Millionen Schilling. Diese rasante Gaseinkaufsentwicklung und die Preise die daraus resultierten, konnten durch eine Anhebung des Erdgasabgabepreises gegenüber unseren Kunden in Höhe von 12,5 % ab 1. 10. 2000 nicht mehr aufgefangen werden. Diese Entwicklung setzte sich auch im Jahr 2001 fort, trotz einer weiteren Tarifanhebung ab 1. 1. 2001 um 8,5 % und trotz der Tatsache, und das ist sehr interessant meine Damen und Herren, dass der Rohölpreis in letzter Zeit relativ stark gesunken ist. Jeder merkt das, wenn er sich Treibstoff bei den Tankstellen kauft. Man rechnet daher mit einem weiteren Gewinnrückgang beim Gaseinkauf, für dieses Jahr auf ca. 5 Millionen Schilling. Nachdem ab Herbst, genauer gesagt ab 1. 10. 2002, die Vollliberalisierung am Gasmarkt in Kraft tritt, bisher ist ja die 25 Millionen Kubikmetergrenze noch in Kraft, wird das eine weitere Verminderung, und die Zeitungsberichte weisen ja darauf hin, bei der Ertragslage am Erdgasgeschäft bringen. Für 2002 wird daher ein Gewinn von nur mehr 3 Millionen Schilling zu erwarten sein. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, nachdem mehrmals die Frage aufgetaucht ist, und auch im Verwaltungsausschuss bereits darüber diskutiert wurde, wir werden auch bei der nächsten Verwaltungsausschusssitzung diese Thematik behandeln, gehen wir davon aus, dass aufgrund eines gleichbleibenden, wie wir hoffen niedrigen, Ölpreises auch der Gaseinkauf für unseren Lieferanten, der OÖ Ferngas, im nächsten Jahr billiger werden wird, dann werden auch wir in der Lage sein unseren Kunde eine Tarifsenkung anbieten zu können. Allerdings sind wir nicht mehr in der Lage den Verkehrsbetrieb vonseiten des Gaswerkes finanziell zu unterstützen. Daher wurde ja bereits bei den Budgetverhandlungen auf die Notwendigkeit eines entsprechenden Betriebskostenzuschusses vonseiten der Stadt an den Verkehrsbetrieb für das Budgetjahr 2002 hingewiesen. Konkret geht es darum, dass ein Abgang von 12 Millionen Schilling bei gleichbleibender Leistung zu erwarten ist, wobei der Zuschuss der Stadt mit 6 Millionen Schilling vorerst limitiert sein sollte, nach Notwendigkeit ein Betrag von weiteren drei Millionen Schilling im Nachtrag zur Verfügung gestellt wird und dass man versucht, selbstverständlich auch im Bereich des Verkehrsbetriebes, Einsparungen zu tätigen, wenn möglich in der Höhe von etwa 3 Millionen Schilling, zumindest ist das das Ziel. Meine Damen und Herren es gibt aber auch noch einige Anmerkungen zu den anderen Teilbetrieben. Das vielfältige Angebot an Winter- und Hallensportarten sowie die gute Schneelage, aber auch warme Außentemperaturen, beeinflussten den Eissport in der städt. Anlage keineswegs positiv. Aber auch die bisherigen Besucher, vor allem die Jugendlichen über 15 Jahre, konnte man feststellen werden immer weniger. Der drastische Besucherrückgang zeigt aber auch, dass es dringend notwendig ist, in diesem Bereich sich ernsthafte Attraktivitätsmaßnahmen zu überlegen und unterstreicht, dass diese dringend erforderlich sind. Vor allem aber auch, wenn ich jetzt von Verbesserungen spreche, denke ich an bauliche Verbesserungsmaßnahmen, im Bereich des Einganges und vor allen Dingen der Garderobe. Im Jahr 2000 ergab sich folgendes Bild: Ein Besucherrückgang auf 38.351, das sind um 28 % weniger als 1999. Ein Erlösrückgang von 3 % und ein Aufwandsrückgang, der sich daraus resultiert hat, in Höhe von 12 %, ergeben zwar eine Verbesserung des Kostendeckungsgrades von 32 % im Jahre 1999 auf 35 % im Jahre 2000. Im Freibad konnten, trotz der Tatsache, dass man aufgrund der Sanierungsmaßnahmen später aufsperren konnte, etwa 90 Badetage lukriert werden, im Vorjahr waren es 65 Badetage und es wurden um etwa 10.000 Besucher in dieser Freizeitanlage mehr gezählt als im Jahre 1999. Im Saunabereich wurden in 2000 um 7.290 und in der Halle um 18.886 Gäste mehr als 1999 registriert. Ich glaube, das ist doch eine Erwähnung wert. Diese Steigerung, das muss man aber auch wirklich sehr deutlich sagen, der Besucherzahlen sind vor allem auf die Neugestaltung und Sanierung dieser Bereiche zurückzuführen. Auch die Sportbeckensanierung im Freibad sowie die Neuschaffung von mehr Liegeplätzen in diesem Bereich hat sich sehr positiv gemacht. Trotz der Tatsache, dass die Kostendeckung des Aufwandes durch Erlöse von 24 % in 1999 auf 32 % im Jahr 2000 angestiegen ist, war ein Betriebskostenzuschuss von 6,6 Millionen Schilling erforderlich.

49 %, meine sehr geehrten Damen und Herren, um in einen anderen Bereich zu kommen, der Bestattungen wurden vom städtischen Unternehmen durchgeführt, wobei trotz Umsatzrückgang mit einem gewöhnlichen Erträgnis von 0,5 Millionen Schilling, das sind 10 % des Umsatzes, im Jahr 1999 waren es 11 %, dennoch ein sehr positives Ergebnis erzielt werden konnte. Im Kremationsbereich ist das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von rund 1,3 Millionen Schilling, das sind 19 % vom Umsatz, im Vergleich zum Vorjahr zwar um 5 % gesunken, man kann aber trotzdem von einem sehr positiven Ergebnis sprechen.

Das Wasserwerk, meine Damen und Herren, versorgte mit einem Leitungsnetz von etwa 188 Kilometer Länge unsere Abnehmer in ausreichender Menge mit frischem, weder physikalisch noch chemisch aufbereitetem, Wasser. Die Zahl der Wasseranschlüsse stieg von 6.078 auf 6.110 im Jahre 2000 an. Der Erlös aus dem Wasserverkauf konnte gegenüber dem Vorjahr um 3 % auf 32,9 Millionen Schilling gesteigert werden. Das Betriebsergebnis und das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist zwar durch den Gesamterlösrückgang von 1 % etwas vermindert, aber dennoch äußerst günstig. Durch die veränderte Situation bezüglich der Betriebskostenzuschüsse an das Stadtbad und den Eislaufplatz in Höhe von 8,2 Millionen Schilling ist das Bilanzergebnis mit den Vorjahren nur teilweise vergleichbar. Das Gesamtbilanzergebnis wurde, das möchte ich nochmals hier sehr klar und deutlich feststellen und unterstreichen, durch die Verteuerung beim Gaseinkauf um 39 %, das sind 19,2 Millionen Schilling, wesentlich und negativ beeinflusst.

Meine Damen und Herren, ich darf ihnen abschließend den Antrag des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis bringen. Dieser lautet:

5) Stw-99/01 Bilanz und G & V Stadtwerke Steyr 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Beiliegender Amtsbericht der Stadtwerke vom 16. 10. 2001 betreffend die Reorganisation der Bilanzen 2001 wird im Sinne der § 4, Abs. 3 f auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 ... - Entschuldigung, ich habe mich jetzt da verblättert. Es ist der nächste Antrag, den ich ihnen vorgetragen habe, da geht es um die Reorganisierung der Bilanzen. Es ist offensichtlich niemand aufmerksam geworden. Ich war wahrscheinlich vorher zu lange. Natürlich meine Damen und Herren geht es um den Antrag den ich ihnen vorgetragen habe, nämlich um die Bilanzen 2000 und um die Gewinn- und Verlustrechnung. Ich darf den Herrn Bürgermeister bitten, darüber die Abstimmung bzw. die Diskussion einzuleiten.

Der beiliegende Jahresrechnungsabschluss 2000 der Stadtwerke Steyr wird im Sinne der § 4, Abs. 3b auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt.

Gleichzeitig wird die Auflösung der Rücklagen mit insgesamt 12,6 Mio. Schilling genehmigt.

Ebenso wird den stadtwerkeinternen Betriebskostenzuschüssen für Stadtbad, Eislaufplatz und Stadtbus zugestimmt.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Roman, herzlichen Dank für deine umfassende und klare Darstellung deines Antrages. Gibt es dazu Fragen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Das ist nicht der Fall, einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Meine Damen und Herren, jetzt geht es tatsächlich um die Reorganisation der Bilanzen 2001 der Stadtwerke gemäß dem neuen Statut und ich verspreche ihnen, dass ich mich jetzt etwas kürzer fassen werde. Einige haben jetzt ihr Missfallen ausgedrückt, wenn ich mich richtig umgehört habe, aber ich werde mich trotzdem kürzer fassen. Es ist aufgrund des Statutes erforderlich, dass das Kapital je Teilbetrieb der Stadtwerke von der Geschäftsführung vorzuschlagen ist und auch von diesem Gemeinderat schlussendlich dann abgesegnet werden muss. Von der Gliederung des Kapitals wird eine Teilung im Festkapital und variables Kapital vorgeschlagen. Die tatsächliche Veränderung und Durchführung dieser Kapitalien soll per 1. 1. 2001 erfolgen. Diese Thematik wurde sehr ausführlich auch im Kommunal- bzw. jetzt Verwaltungsausschuss diskutiert. Ich darf ihnen daher den Antrag vortragen.

6) Stw-105/01 Reorganisation der Bilanzen 2001 Stadtwerke Steyr gem. neuem Statut der Stadtwerke per 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Beiliegender Amtsbericht der Stadtwerke vom 16. 10. 2001 betreffend die Reorganisation der Bilanzen 2001 wird im Sinne der § 4, Abs. 3 f auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmung Stadtwerke Steyr genehmigt. (Beilage)

Ich darf bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zu diesem Punkt einen Diskussionsredner? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:
Schlussendlich meine Damen und Herren geht es noch um den Vermögenstransfer der Stadt an die Stadtwerke gemäß des neuen Statutes per 2000. Es ist wiederum erforderlich einen Beschluss über die einzelnen Vermögenspositionen aufgrund des neuen Statutes herbeizuführen. Die Werte beruhen auf Schätzgutachten der Grundstücke und im Falle von Gebäuden und Aktiva auf Anschaffungswerte abzüglich der nutzungsabhängigen Abschreibung und im Falle der Schulden auf der Restschuld per 31. 12. 2000. Es liegen in allen Unterlagen, die auch ihnen zur Verfügung gestellt wurden, die entsprechenden Bewertungsgutachten auf. Ich darf mich aber, wie ich ihnen vorhin bereits versprochen habe, kurz fassen und ihnen den Antrag des Verwaltungsausschusses für die wirtschaftliche Unternehmung Stadtwerke Steyr an den Gemeinderat vortragen.

7) Stw-101/01 Vermögenstransfer der Stadt an die Stadtwerke Steyr gemäß neuem Statut der Stadtwerke per 2000 und Grundsatzbeschluss des Vermögenstransfers im Gemeinderat und Gaswerkstransfer.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der beiliegende Amtsbericht der Stadtwerke Steyr betreffend den Vermögens- und Schuldentransfer wird im Sinne der § 4, Abs. 3f auf Antrag des Verwaltungsausschusses nach § 5 Abs. 5 des Organisationsstatutes für die Unternehmungen Stadtwerke Steyr genehmigt. (Beilage)

Ich darf bitten die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zu diesen Punkt einen Redner? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer gegen diesen Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Ich danke dir, Roman, für deine Ausführungen und bitte den nächsten Berichterstatter, Herrn StR Mayrhofer.

BE: STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Herr Eichhübl überrascht mich immer wieder. Nicht nur, dass er so problemlos seine Anträge durchgebracht hat, ich verzeihe ihm damit natürlich auch, oder gewähre ihm die Bitte die er eingangs erwähnt hat und hoffe, dass es bei mir genauso geht. Das erste ist die Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2000. Hier wird wie alljährlich an zwei Hausbesitzer, die sich außerordentlich um die Restaurierung ihres Objektes, über das normale Maß hinaus, bemüht haben und an einen Professionisten dieses sichtbare Zeichen der Wertschätzung der Steyrer Panther verliehen. Heuer sind vorgeschlagen die Familie Eric und Heinrich Bucsek mit den Objekten Enge Gasse 3, 5 und 16, die alle drei wirklich toll renoviert und

revitalisiert wurden. Dann die Familie Stigler mit dem Objekt Enge Gasse 9 und der Restaurator August Schmidl, der die Fassadengestaltungen in der ursprünglichen Art und Weise wieder herstellt. Ich ersuche um Zustimmung der Verleihung an diese drei Personen.

8) K-1/01 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 2000“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung vom 7. November 2000 wird an folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmälern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, wird als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

1. Auszeichnung „Steyrer Panther“ für Hauseigentümer:

Gemäß III Abs. 1 der Richtlinien werden genannt:

1.1. Familie Eric und Heinrich Bucsek Objekte Enge Gasse 3, 5, 16

Die Familie Bucsek besitzt in der Enge Gasse mehrere Objekte, die laufend vorbildlich saniert und gepflegt werden. Dabei werden die denkmalpflegerischen Grundsätze für die Restaurierung von Fassaden genau eingehalten. Das Erscheinungsbild des Bereiches Enge Gasse konnte mit den von der Familie Bucsek gesetzten Maßnahmen wesentlich verbessert werden.

Das Objekt Enge Gasse 3 besteht aus einem barocken Vorderhaus, dessen Fassade in der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts in historischen Formen erneuert wurde, sowie einem Hinterhaus mit dazwischenliegendem Lichthof. Die Fassade der Enge Gasse ist viergeschossig und besitzt lediglich zwei Achsen. Die Obergeschosse kragen vor und weisen geohrte Fensterumrahmungen auf, die im ersten und zweiten Obergeschoss zusätzlich mit darüber liegenden Verdachungen und daraufsitzenden schmalen Putzstreifen bekrönt sind. Im zweiten Obergeschoss treten noch Sohlbankgesimse mit ausgesparten Parapetfeldern hinzu.

Die ennskaiseitige zweiachsige fünfgeschossige traufständige Hinterhausfassade wird durch Faschen eingefasst. Die vorkragenden Obergeschosse ruhen auf zwei Segmentbogenunterzügen auf drei Steinpfeilern.

Im Jahre 1995 erfolgte die Restaurierung der Fassade in der Enge Gasse. Die ausgeführte zartgrüne-weiße Farbgebung stellt das Ergebnis der durch den Restaurator durchgeführten Farbbefundung dar. Im Jahre 1999 erfolgte die Restaurierung der ennskaiseitigen Fassade. Nach Entfernung des vorhandenen Kunststoffanstriches und dem notwendigen restauratorischen Aufbau des Putzes erfolgte eine nach Befund festgestellte grau-weiße Farbfassung mit Kalkfarbe. Die Arbeiten an den Fassaden des Objektes Enge Gasse 3 wurden durch den Restaurator August Schmidl durchgeführt.

Das Objekt Enge Gasse 5 besteht aus einem dreigeschossigen, dreiachsigen Vorderhaus sowie einem viergeschossigen, dreiachsigen Hinterhaus mit einem dazwischenliegenden kleinen Hof. Während das Erdgeschoss noch spätgotische Gestaltungsdetails aufweist (Profiliertes Rundbogenportal) ruht der barock gestaltete Obergeschossbereich auf drei ungleichen flachen Bögen auf. Die Obergeschosse weisen reiche Stuckverzierungen aus dem 2. Viertel des 18. Jahrhunderts auf. Vier Pilaster gliedern die Fassade horizontal. Die Fenster besitzen Ohrenfaschen, über den Fenstern des ersten Obergeschosses befinden sich mehrfach gebrochene, profilierte Verdachungen. Über den seitlichen Fenstern des zweiten Obergeschosses befindet sich reicher Bandlwerkstuck. Das mittlere Fenster weist stuckierte Puttos in Wolken sowie das Auge Gottes auf. Ein kräftiges Kranzgesimse trennt das

Attikageschoss ab, das drei geigenkastenförmige Öffnungen aufweist.

Die Fassade am Ennskai ist sehr einfach gestaltet. Die Rieselputzfassade wird lediglich durch glatte Faschen eingerahmt. Die Fensterumrahmung besteht aus einem Linzer Stab.

Auch die Fassaden dieses Gebäudes wurden in zwei Etappen restauriert. 1995 erfolgte die Restaurierung der Fassade Enge Gasse. Nach eingehender Befundung konnte die ursprüngliche Farbgestaltung der Barockzeit festgehalten werden. Diese Erstfassung war auch Ziel der Restaurierung. Nach Entfernung des putzschädigenden Kunststoffanstriches erfolgte die Restaurierung bzw. Ergänzung des Putzes mit den charakteristischen Zierelementen. Die Grundflächen weisen nun wieder die gelb-weiße, die Pilaster und Fensterumrahmungen die blaue, der Bandlwerstuck die gelbe Farbfassung auf. Die Restaurierung der ennskaiseitigen Fassade erfolgte im Jahre 1996 ebenfalls in blau-weißer Farbgebung. Die Arbeiten an den Fassaden wurden ebenfalls durch den Restaurator August Schmidl durchgeführt.

Das Objekt Enge Gasse 16 ist ein breitgelagerter, dreigeschossiger, zehnachsiger Bau, der der westseitigen Häuserfront der Enge Gasse angehört. Die gegenwärtige Baugestalt setzt sich aus verschiedenen Bauperioden vom frühen 16. bis Ende des 18. Jahrhunderts zusammen. Im Erdgeschoss stützen gotische Konsolsteine, die durch flache Bogen verbunden sind und teilweise noch von Wandpfeilern unterstützt werden, die vorkragenden Obergeschosse. Das Gebäude besitzt ein künstlerisch wertvolles, steinernes Renaissance-Rundbogenrustikalportal mit Schluss-Stein (um 1600). Die vorkragenden Obergeschosse sind ungegliedert, die Fenster sind von einfachen Stuckzierfeldern mit Zopfmotiven aus dem Ende des 18. Jahrhunderts gerahmt.

In den Jahren 1995 und 1997 erfolgte die Sanierung des Dachbereiches. Der nach dem Stadtbrand von 1824 errichtete Dachstuhl wurde einer eingehenden Reparatur unterzogen. Aufgrund der schwachen Dimensionierung des Dachstuhles (ursprünglich war eine Holzschindeldeckung vorhanden) wurde das bestehende Blechdach durch ein Kupferdach ersetzt.

1.2. Stigler Andreas Objekt Enge Gasse 9

Beim Objekt Enge Gasse 9 handelt es sich um ein im Kern barockes, dreigeschossiges Bürgerhaus auf schmaler, langgestreckter Parzelle mit Vorschussmauer. Die vierachsige, in Rokokoformen stuckierte Fassade weist rechts eine schlichte, etwas rückspringende einachsige Reiche zum Objekt Enge Gasse 11 auf. Die faschengerahmten Obergeschosse sind mit geohrten Fensterumrahmungen und plattenbesetzten Parapete versehen. Statt des mittleren Fensters des ersten Obergeschosses befindet sich ein Marienkrönungsfresko aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Die Fenster des vorkragenden Gebäudeteiles besitzen zeittypisch gestaltete Verdachungen. Im inneren weisen im Erdgeschoss sämtliche Räume Gewölbe auf.

Im Zuge der Gesamtsanierung des Hauskomplexes wurde im Bereich des ennskaiseitigen Hinterhauses das bislang vorhandene Flachdach (kriegsbedingte Zerstörung des ursprünglichen Steildaches) durch eine, dem Steyrer Altstadtbild entsprechende, Dachform ersetzt. Die Deckung des nun harmonisch in die Dachlandschaft integrierten Objektes erfolgte mit Biberschwanzziegeln. Die Restaurierung der Fassade in der Enge Gasse wurde ebenfalls durch den Restaurator August Schmidl durchgeführt. Die Farbgebung der Fassade wurde nach entsprechender Befundung im Einvernehmen mit der Fachabteilung für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung sowie des Bundesdenkmalamtes festgelegt. Als besonders gelungenes Beispiel ist die Büronutzung im Inneren des Erdgeschosses zu bezeichnen. Durch die Entfernung sämtlicher in späterer Zeit eingefügter Zwischenwände konnte der ursprüngliche Raumeindruck wieder hergestellt werden, wodurch eine freundliche, helle Bürosituation geschaffen werden konnte. Herr Stigler hat mit seinem Architekten, Herrn Redtenbacher, eine vorbildliche Gesamtsanierung des Hauses Enge Gasse 9 erarbeitet.

2. Auszeichnung „Steyrer Panther“ für praktische bzw. theoretische herausragende Leistungen:

2.1. Schmidl August

Der Restaurator Herr Schmidl zählt zu den erfahrendsten Spezialisten im Bereich der Denkmalpflege in Steyr. Die jahrelange Tätigkeit im Bereich der Restaurierung historischer Putzfassaden hat ihn zu einer anerkannten und hochgeschätzten Persönlichkeit, nicht nur für die zuständigen Behörden (Bundesdenkmalamt, Magistrat der Stadt Steyr, FA für Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung), sondern auch bei den Bauherren, werden lassen.

In den letzten Jahren konnte Herr August Schmidl zahlreiche Objekte in der Steyrer Altstadt restaurieren. Neben den bereits oben erwähnten Objekten der Familien Bucsek und Stiegler, Enge Gasse 3, 5 und 9 seien noch erwähnt: Enge Gasse 21 (Färbelung der Nachkriegsfassade), Enge Gasse 31 und 33 (barocke Bandlwerkstuckfassade), Stadtplatz 8 und 10 (Barockfassaden), Kirchengasse 12 (Barockfassade), Sierninger Straße 4, Wieserfeldplatz 6 (Biedermeierfassade), 8, 37 und 39 (Biedermeierfassaden), 41 (Fassadenrekonstruktion), Mittere Gasse 4 (Biedermeierfassade), Gleinker Gasse 24, Fabrikstraße 26 (Sgrafittofassade), Wehrgrabengasse 51, 32 (Fabriksgebäude), 34 (Voglhaus, Barockfassade), Haratzmüllerstraße 34, 36 und Kollergasse 5.

Die Arbeiten von Herrn August Schmidl stellen einen wichtigen und positiven Beitrag für das Gesamterscheinungsbild der Steyrer Altstadt dar. Insbesondere die laufenden bzw. bereits abgeschlossenen Arbeiten in Steyrdorf und Ennsdorf dokumentieren den Wandel vom vernachlässigten Stadtteil zum wiederentdeckten attraktiven Wohngebiet.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Im nächsten Punkt geht es um die Kanalisation Innere Stadt. Das ist ein etwas, nicht etwas, sondern sehr unerfreuliches Kapitel. Hier geht es um die Kanalisation Kaigasse, die erstens zu einer gewaltigen Beeinträchtigung in der Innenstadt geführt hat, sowohl für die Geschäftstreibenden aber auch für die Besucher und Kunden unserer Stadt. Die Bauvorhaben sind viel schwieriger geworden als man das voraussehen konnte und haben daher auch einen längeren Zeitraum benötigt. Es wurde mit Bedacht der Monat September gewählt, weil im Langjahresschnitt der September das trockenste Monat überhaupt ist und damit auch der Wasserstand der Enns am niedrigsten ist. Heuer, und sie werden sich erinnern können, haben wir im September 28 Regentage gehabt und es ist eine gewaltige Wassermenge hier nieder gegangen, was dazu geführt hat, dass wir einen 1,10 Meter höheren Wasserstand als normal hatten. D. h., die Bauarbeiten haben teilweise im Wasser durchgeführt werden müssen, mit Unterstützung der Feuerwehr, und auch, und das möchte ich wirklich betonen, mit Unterstützung der Ennskraftwerke. Wir haben phasenweise jeden Tag ab mittags die gesamte Staureihe bis in die Steiermark hinauf, die Kraftwerke aufgestaut um somit den Pegelstand um ungefähr 70 cm reduzieren können. Es hat allerdings auch Probleme mit den direkt angrenzenden Objekten gegeben. Diese Objekte sind teilweise ohne Fundamte, teilweise setzt das Erdgeschoss 30 cm außerhalb der Kellermauern an. Das hat dazu geführt, das ist praktisch unvorstellbar aber es ist so, die Techniker und Sachverständigen haben nur den Kopf geschüttelt und haben gesagt, normalerweise dürfte das gar nicht stehen, aber es steht und das seit Jahrhunderte, aber durch diese Bauarbeiten sind teilweise das Wiesmayrhaus, da hat es Probleme gegeben, es hat Risse gegeben, die Bauarbeiten haben gestoppt werden müssen. Wir konnten die Verdichtung der Oberfläche nicht mechanisch durchführen, sondern es musste über Tage hindurch eingeschlemmt werden. Die Oberfläche konnte nicht normal gepflastert werden, sondern musste in ein Betonbeet gebracht werden und damit hat sich eine gewaltige Kostensteigerung ergeben, nämlich um 1.749.000,--. Ich kann ihnen nur eines versichern, dass diese Baustelle wirklich mit größter Sorgfalt durchgeführt wurde, aber dass das wirklich Umstände waren die weder vorauszusehen waren noch zu verhindern gewesen wären. Ich ersuche daher um Zustimmung für diese Überschreitung.

9) BauT-1/01 Kanalisation Innere Stadt; Teil 1; Auftragserhöhung für die vorläufige Endabrechnung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 22. November 2001 wird im Zusammenhang mit den Kanalisierungsarbeiten Stadtplatz 1. Teil und den damit verbundenen Straßenwiederherstellungs- und Beleuchtungsarbeiten folgenden zusätzlichen Beauftragungen bzw. Auftragserweiterungen zugestimmt.

Auftragserweiterungen:

1. ARGE Alpine Mayreder/Leitner Urauftrag: S 3,870.000,-- Zusatz/Neuauftrag: S 723.000,-- Auftragssumme neu: S 4,593.000,--

2. ARGE Braumann/Rabmer Urauftrag: S 1,426.000,-- Zusatz/Neuauftrag: S 253.000,-- Auftragssumme neu: S 1,679.000,--

zusätzliche Beauftragungen:

3. G.U.T Umwelt + Technik, 4040 Linz Zusatz/Neuauftrag: S 9.000,-- Auftragssumme neu: S 9.000,--

4. ZT DI Walter Suchy, 4400 Steyr Zusatz/Neuauftrag: S 20.000,-- Auftragssumme neu: S 20.000,--

5. Erdbau Auinger, 3300 Stift Ardagger Zusatz/Neuauftrag: S 427.000,-- Auftragssumme neu: S 427.000,--

6. Elektro Kammerhofer, 4400 Steyr Zusatz/Neuauftrag: S 35.000,-- Auftragssumme neu: S 35.000,--

7. Bayer & Co. GesmbH., 4523 Neuzeug Zusatz/Neuauftrag: S 25.000,-- Auftragssumme neu: S 25.000,--

8. Poschacher, 4222 St. Georgen Zusatz/Neuauftrag: S 80.000,-- Auftragssumme neu: S 80.000,--

9. Feuerwehr der Stadt Steyr Zusatz/Neuauftrag: S 42.000,-- Auftragssumme neu: S 42.000,--

10. Wirtschaftshof Steyr Zusatz/Neuauftrag: S 55.000,-- Auftragssumme neu: S 55.000,--

11. Knoblich Licht GmbH Linz, 4020 Linz Zusatz/Neuauftrag: S 80.000,-- i.M. Auftragssumme neu: S 80.000,--

Gesamt zusätzliche Arbeiten und Mittel: S 1,749.000,00

Die erforderlichen Mittel für die va. zusätzlichen Arbeiten werden wie folgt bereitgestellt:

Kanalbauarbeiten: KÜ von ...(Spalte 2)... zu VSt. 5/851000/004170

Kanal Ennsdorf: von VSt. 5/851000/004060 KÜT exkl. MWSt. S 21.000,00

Kanal Christkindl Unterhimmel: von VSt. 5/851000/004150 KÜT exkl. MWSt. S 72.000,00

Kanal Steyrdorf-Wehrgraben: von VSt. 5/851000/004280 KÜT exkl. MWSt. S 242.000,00

Kanal Pyrach-Reichenschwall: von VSt. 5/851000/004430 KÜT exkl. MWSt. S 26.000,00

Kanal Löwengutsiedlung: von VSt. 5/851000/004160 KÜT exkl. MWSt. S 387.000,00

Kanal Christkindl: von VSt. 5/851000/004220 KÜT exkl. MWSt. S 144.000,00

Straßenbau Christkindl: von VSt. 5/612000/002220 KÜT exkl. MWSt. S 116.000,00

Ausbau weitere Kanäle: von VSt. 5/851000/004000 KÜT exkl. MWSt. S 100.000,00

Sonderanlagen Kanal Ennsdorf: von VSt. 5/851000/004390 KÜT exkl. MWSt. S 253.000,00

Kanal Goldhahnstraße: von VSt. 5/851000/004560 KÜT exkl. MWSt. S 308.000,00

Summe KÜ Kanalbauarbeiten: S 1,669.000,-- exkl. MWSt.

Straßenbeleuchtungsarbeiten:

(Freigabe bei öffentl. Bel. u. Uhren von VST. 5/816000/050000 KÜT inkl. MWSt. **S 80.000,00**

Gesamt: S 1,749.000,00

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine zusätzliche Darlehensaufnahme in Höhe von insgesamt **S 1,749.000,00** notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt. (Beilage)

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es zu diesem Punkt Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer enthält sich der Stimme? Wer ist dagegen? Einstimmige Annahme. Danke schön.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:
Der letzte Antrag bezieht sich auf ein Aufschließungsübereinkommen mit der Firma Lutz. Die Firma Lutz plant an der Ennser Straße ein neues Objekt als Ersatz für den jetzigen Standort Pachergasse zu erbauen. Es ist ungefähr vis-à-vis der GFM. Hier gibt es bereits sehr intensive Verhandlungen. Nicht nur bezüglich des Aufschließungsübereinkommens, sondern auch über die Gestaltung. Das Projekt war das 2. Mal diese Woche im Gestaltungsbeirat und hat dieses Mal großteils Zustimmung gefunden. Bei der Aufschließungsvereinbarung sind wir davon ausgegangen, dass hier ein zusätzlicher Verkehrserreger kommt. D. h., dass er auch dafür Sorge zu tragen hat, dass dieser zusätzliche Verkehr abgewickelt werden kann. D. h., er ist finanziell sehr stark eingebunden worden. Ich glaube, dass das auch im Interesse der Stadt ist und richtig ist. Dieser hier vorliegende Antrag findet die Zustimmung der Fachabteilung und auch die meine. Ich ersuche um Zustimmung.

10) BauStr-21/01 Abschluss eines Übereinkommens mit der Lutz GmbH über die Erschließung eines Bauplatzes an der Ennser Straße.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 27. November 2001 wird dem Abschluss eines Übereinkommens mit der Firma Lutz GmbH, 4600 Wels, Römerstraße 39, zur Schaffung notwendiger Infrastrukturmaßnahmen für die Errichtung eines neuen Möbel- und Errichtungshauses an der Ennser Straße entsprechend dem beigeschlossenen Vertragsentwurf zugestimmt. (Beilage).

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es Wortmeldungen? Ich sehe keine Wortmeldung. Heute gibt es wenig Wortmeldungen. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige

Annahme.

Ich danke Herrn StR Mayrhofer für die Berichterstattung. Nächster Berichterstatter ist Herr StR Walter Oppl.

BE: STADTRAT WALTER OPPL:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Mein quasi Premiereantrag hier in diesem Gremium befasst sich mit der Erhöhung des Stammkapitales der GWG der Stadt Steyr. Der Grund ist ausschließlich in der bevorstehenden Umstellung von Schilling auf Euro zu suchen. Es erscheint nicht nur zielführend, sondern auch zweckmäßig, wenn man das Stammkapital auf einen runden Eurobetrag erhöht. Es ist daher in diesem Zusammenhang aber auch notwendig, dass wir rund S 16.000,-- als Kreditüberschreitung bewilligen. Und zwar lautet der Vorschlag, dass wir das Stammkapital von S 500.000,-- auf insgesamt 37.500,-- Euro erhöhen. Ich stelle daher folgenden Antrag.

11) Fin-257/01 Erhöhung des Stammkapitals der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr von derzeit S 500.000,-- auf Euro 37.500,--.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Privatrechtsangelegenheiten vom 26. November 2001 wird der Erhöhung des Stammkapitals der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GmbH von derzeit S 500.000,-- auf Euro 37.500,-- zugestimmt. Von diesem zukünftigen Stammkapital entfallen auf die Stadt Euro 37.425,--, auf den jeweils ranghöchsten, nicht der Mehrheitspartei zugehörigen Vizebürgermeister der Stadt Steyr, derzeit Herrn Dr. Pfeil, Euro 75,--. Für den auf die Stadt entfallenden Anteil an der Erhöhung des Stammkapitals der Gesellschaft wird bei der VA-Stelle 1/480000/080000 (Allgemeine Wohnbauförderung - Beteiligungen) ein Betrag von S 16.000,-- als Kreditüberschreitung bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich bitte um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es Wortmeldungen? Keine. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Keine. Einstimmige Annahme. Ich danke dem Berichterstatter StR Oppl und bitte Herrn Ing. Dietmar Spanring um seine Berichterstattung.

BE: STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste. In meinem ersten Antrag geht es um die Subvention der Chorgemeinschaft „Stahlklang Steyr“, um Sonderunterstützung für das 120-Jahr-Jubiläum im Jahr 2001.

12) Fin-28/01 Chorgemeinschaft „Stahlklang Steyr“; Ansuchen um Sonderunterstützung für 120-Jahr-Jubiläum im Jahr 2001.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 8. November 2001 wird der Chorgemeinschaft „Stahlklang Steyr“, Zellerstraße 2, 4400 Steyr, für den finanziellen Aufwand ihres heurigen 120-Jahr-Jubiläums eine außerordentliche Subvention in der Höhe von

ATS 10.000,-- (Schilling zehntausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der **VA 1/322000/757000** freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditübertragung von der VA 1/300000/757000 auf die VA 1/322000/757000** bewilligt.

Ich ersuche um Bewilligung der Kreditübertragung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Danke, nächster Punkt.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächsten Antrag geht es um die Subvention für die Konzertreise nach San Benedetto der Bruckner Sängerknaben.

13) Fin-167/01 Bruckner Sängerknaben Steyr; Konzertreise zum diesjährigen Chorfestival nach San Benedetto; Ersuchen um Übernahme der Reisekosten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 8. November 2001 wird den Bruckner Sängerknaben Steyr, Promenade 2, 4400 Steyr für die Konzertreise zum Chorfestival nach San Benedetto ein Zuschuss zu den Reisekosten in Form einer außerordentlichen Subvention in der Höhe von

ATS 20.000,-- (zwanzigtausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der **VA 1/322000/757000** freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditübertragung von der VA 1/300000/757000 auf die VA 1/322000/757000** bewilligt.

Ich ersuche in diesem Fall um eine Kreditübertragung und diesen Betrag freizugeben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:
Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltungen? Einstimmige Annahme. Danke schön.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:
In meinem nächsten Antrag geht es um den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung, wo aufgrund einer Neuberechnung des Baukostenschlüssels für den BA 09 - 19 eine Nachzahlung notwendig wird.

14) Fin-275/01

Nachzahlung für getätigte Investitionen an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung aufgrund einer Neuberechnung des Baukostenschlüssels für die BA 09 - 19.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 27. November 2001, wird der Nachforderung in Höhe von ATS 1.337.069,-- in 7 Jahresraten zu je ATS 191.010,-- (ab 1. 2. 2002 Euro 13.882,--) an den Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird die Freigabe eines Betrages in Höhe von ATS 191.010,-- (exkl. USt.) bei der VASt. 5/851000/7740000 für das Rechnungsjahr 2001 genehmigt.

Ich ersuche um Genehmigung.

BÜRGERMEISTER

ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zu diesem Punkt eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme. Nächster Punkt.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Im nächsten Punkt geht es um die Neubestellung der Disziplinaroberkommission.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

15) Präs-356/01

Neubestellung der Disziplinarober-
kommission

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Ausscheidens von Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr mit Ablauf des 7. November 2001 muss die personelle Zusammensetzung der Disziplinaroberkommission mit sofortiger Wirksamkeit bis einschließlich 30. Juni 2003 gem. § 76 StGBG in nachstehend angeführten Positionen geändert werden:

Vorsitzender:

Anstelle von Herrn Bürgermeister. Hermann Leithenmayr -

Herr Bgm. Ing. David Forstenlechner

Stellvertreter:

Anstelle von Herrn Bgm. Ing. David Forstenlechner -

Herr Vizebgm. Gerhard Bremm

Mitglieder:

Anstelle von Herrn Vizebgm. Gerhard Bremm -

Herr Stadtrat Walter Oppl

Anstelle von Herrn Stadtrat Walter Oppl -

Herr AR Gerhard Aigner

Ich ersuche um entsprechende Beschlussfassung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Diskussion? Keine, daher die Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ebenfalls aufgrund des Ausscheidens von Herrn Bgm. Hermann Leithenmayr muss eine Änderung in der Zusammensetzung des Personalbeirates durchgeführt werden.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

16) Präs-469/97

Änderung in der Zusammenset-
zung des Personalbeirates

Der Gemeinderat möge beschließen:

Auf Grund des Ausscheidens von Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr mit Ablauf des 7. November 2001 wird gemäß den Bestimmungen des § 20 OÖ. Objektivierungsgesetzes, LGBl. Nr. 102/1994, die Zusammensetzung des Personalbeirates mit sofortiger Wirkung bis einschließlich 30. Juni 2003 wie folgt geändert:

Dienstgebervertreter:

Anstelle von Herrn Bgm. Hermann Leithenmayr -

Herr Bgm. Ing. David Forstenlechner

Ersatzmitglieder:

Anstelle von Herrn Bgm. Ing. David Forstenlechner -

Herr Stadtrat Walter Oppl

Ich ersuche um Annahme und Beschluss dieser Änderung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Danke schön. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher gleich die Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um Zeichen mit der Hand. Gegenprobe, Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem letzten Antrag geht es um die Nachtdienstzulage für die Buslenker der STW.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

17) Präs-719/98

Nachtdienstzulage für die Buslenker der Stadtwerke; Erhöhung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Personalverwaltung vom 18. 10. 2001 wird in sinngemäßer Anwendung des § 30 (3) Statutargemeinden-Beamtengesetz, LGBl. 37/1956 i. d. g. F., die Nachtdienstzulage für die Buslenker der Städt. Verkehrsbetriebe bei den Stadtwerken auf S 21,-- erhöht bzw. ab 1. 1. 2002 mit 0,09 v. H. v. V/2 (Schema IV) festgesetzt.

Die Verordnung tritt mit Ablauf des Tages der Kundmachung in Kraft. Die Kundmachung erfolgt gem. § 65 (1) StS 1992 i. d. g. F. durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr. (Beilage)

Ich ersuche um entsprechende Beschlussfassung.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Übt wer Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich danke dem Berichterstatter Herrn Ing. Spanring und gebe meinen Vorsitz an meine Kollegin ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE:BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In meinem ersten Punkt geht es um die EURO-Anpassung.

Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

18) Verf-22/00

II. EURO-Anpassungsverordnung - Änderung des/der Organisationsstatutes „Stadtwerke Steyr“, Organisationsstatutes „Alten- und Pflegeheim Tabor“, Kanal-Anschlussgebührenordnung, Deponietarifordnung;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 26. November 2001 wird die in der Anlage beigefügte II. EURO-Anpassungsverordnung des Gemeinderates der Stadt Steyr beschlossen. (Beilage)

Ich ersuche um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

In meinem nächsten Antrag geht es um die Haushaltsordnung der Stadt Steyr, ebenfalls wieder eine EURO-Anpassung.

Antrag des Finanz-, Rechts- und Wirtschaftsausschusses an den Gemeinderat.

19) Ges-10/95

Haushaltsordnung der Stadt Steyr;
Euro-Anpassung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 28. November 2001 wird die beiliegende Haushaltsordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Sie tritt mit 1. Jänner 2002 in Kraft. (Beilage)

Ich ersuche um Diskussion bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Einstimmige Annahme.

Ich würde dem hohen Gemeinderat jetzt eine viertelstündige Pause vorschlagen und dann steigen wir in das Budget ein.

PAUSE VON 10.42 UHR bis 11.05 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, wir nehmen jetzt unsere Sitzung wieder auf. Ich ersuche nun unseren Herrn Bürgermeister und Budgetreferenten um seine Budgetrede.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Geschätzte Mitglieder des Gemeinderates, verehrte Gäste - Gäste sind eh keine da - geschätzte Vertreter der Medien - haben wir auch nur einen da. Als Finanzreferent komme ich heute gerne meiner Verpflichtung nach und präsentiere ihnen den Voranschlag für das Jahr 2002. Es ist dies der

erste Voranschlag, der in der neuen Europawährung EURO berechnet worden ist. Bevor wir uns aber mit dem Jahr 2002 beschäftigen, möchte ich noch einen kurzen Blick auf das zu Ende gehende Jahr werfen. Der ordentliche Haushalt weist jetzt, kurz vor Ende des Jahres, einen Abgang von 17,1 Mio. Schilling auf, darin inkludiert ist allerdings die Rückzahlung von Wohnbaudarlehen in der Höhe von 23,9 Mio. Schilling. Ohne diese Rückzahlung hätten wir also einen Überschuss von etwa 6,8 Mio. Schilling im ordentlichen Haushalt 2001. Langfristig wird sich die Stadt aber durch diese Rückzahlung der Wohnbaudarlehen beim Zinsendienst einen hohen Betrag einsparen. Erwähnt werden muss auch, dass die Stadt durch den Wegfall der Getränke- und Werbesteuer auf mehrere Millionen Schilling Einnahmen verzichten musste. Rücklagen haben wir zum aktuellen Datum von 74,8 Mio. Schilling. Den Schuldenstand haben wir neuerlich gesenkt, so mussten um 32 Mio. Schilling weniger Darlehen aufgenommen werden als budgetiert. Womit der Gesamtschuldenstand auf 611 Mio. Schilling weiter deutlich reduziert werden konnte. Diese Zahlen, meine Damen und Herren, sprechen für sich. Der Nachtragsvoranschlag 2001 zeigt einmal mehr, dass wir nicht nur seriös budgetieren, sondern vor allem auch im Budgetvollzug eine sehr konsequente Linie verfolgen, was angesichts der Tatsachen, dass heuer wichtige zusätzliche Vorhaben wie das City-Point und der Wieserfeldplatz durchgeführt worden sind, gar nicht so einfach ist. Im Übrigen erfüllt die Stadt mit diesen Zahlen selbstverständlich auch wieder die Maastrichkriterien. Das jetzt zu Ende gehende Jahr 2001 war sehr turbulent, meine Damen und Herren, sehr viele Vorhaben wurden fertiggestellt und auf die Schienen gebracht. Ich möchte nur kurz auf die meiner Ansicht nach bedeutendsten Projekte eingehen. Ein wichtiges Ergebnis war heuer die Eröffnung des Technologie- und Innovationscenters TIC an der Nordspange. Dieses wunderschöne, vom renommierten Architekten Prof. Wilhelm Holzbauer geplante Gebäude ist das Zentrum und gleichzeitig auch das Leitprojekt des Wirtschaftsparks, der für die gesamte Region hervorragende Zukunftsperspektiven bietet. Hier, unter dem Dach des zweitgrößten Impulszentrumsprojektes in Oberösterreich werden etablierte, technologieorientierte Unternehmen mit Neugründern zusammengeführt, was die Entwicklungschancen für Neugründer verbessert und Rahmenbedingungen für erfolgreiche Kooperationen schafft. Die Stadt ist Gesellschafter und Förderer dieses 80 Mio. Schilling Projektes und hat dabei erstmals bei der Entwicklung kommunaler Infrastrukturen mit privaten Unternehmen zusammengearbeitet. Ein zweiter Höhepunkt im heurigen Jahr war der Start des Einkaufszentrums City-Point. Dieses hochmoderne Kaufhaus mit etwa 10.000 m² Geschäfts-, Büro- und Lagerflächen, 271 Parkplätzen und mehr als 30 angemieteten namhaften Firmen hat den Charakter des gesamten Stadtbildes zum Positiven verändert und löst dabei auch gleichzeitig wichtige Impulse für die Innenstadt aus. Die Stadt hat erheblich dazu beigetragen, dass das City-Point Projekt zu Stande gekommen ist.

Nach diesem kurzen Rückblick, meine Damen und Herren, möchte ich nun auf die Zukunftsperspektiven der Stadt überleiten und den Voranschlag für das Jahr 2002, den ersten in der neuen Europawährung, in den Mittelpunkt rücken. Ich kann ohne Übertreibung und ruhigen Gewissens feststellen, der Budgetentwurf für das Jahr 2002 ist in seiner Gesamtheit wieder so gestaltet worden, dass auch im kommenden Jahr die Kontinuität gewahrt bleibt. Das bedeutet unter anderem, dass wir sämtliche im Laufen befindlichen Projekte finanziell bedecken können und dass wir die Mittel bereitstellen können, die notwendig sind, um die für die Stadt dringend notwendigen Großprojekte baureif zu machen.

Ich will sie, meine Damen und Herren, nicht lange mit Zahlen behelligen, darum möchte ich nur einige Eckdaten des Voranschlages 2002 präsentieren. Für dieses Zahlenwerk ist ein ordentlicher Haushalt in der Höhe von 78,057 Mio. EURO und ein außerordentlicher Haushalt in der Höhe von 18,725 Mio. EURO berechnet worden. Das ergibt einen Gesamtbudgetrahmen von 96,782 Mio. EURO. Dies bedeutet, dass im Vergleich zum Rechnungsjahr 2001 der Ausgabenrahmen im ordentlichen Haushalt um 2,814 Mio. EURO, das sind 3,74 % und im außerordentlichen Haushalt um 3,817 Mio. EURO bzw. 25,54 % erhöht worden ist. Der Grund für diese Erhöhung sind die beiden Großprojekte Alten- und Pflegeheim Münichholz, sowie Bezirks- und Kulturhalle Tabor, die im nächsten Jahr umgesetzt werden. Trotz der negativen Tendenzen, sprich Wegfall der Getränke- und Werbesteuer, haben wir ein Budget erstellen können, das ähnliche Eckdaten aufweist wie die Budgets der vergangenen Jahre. Zum Ausgleich des für 2002 budgetierten Abganges wird ein Betrag von

1,539 Mio. EURO aus den Rücklagen herangezogen. Diese Rücklagen sind in den vergangenen Jahren massiv aufgestockt worden. Die Personalkosten stellen mit 22,15 Mio. EURO naturgemäß den größten Ausgabeposten im ordentlichen Haushalt dar.

Der Anteil der Personalkosten am ordentlichen Haushalt des Jahres 2002 beträgt 28,4 % gegenüber dem Wert von 28,9 % im Jahr 2001. Der Budgetentwurf weist per Ende des Jahres 2002 einen Rücklagenstand von rund 0,92 Mio. EURO und einen Schuldenstand von 47,14 Mio. EURO auf, was eine Pro-Kopf-Verschuldung von 1.200,-- EURO bedeutet. Das ist im Vergleich zu anderen Städten ein sehr guter Wert und noch dazu mit rückläufiger Tendenz. Mit Darlehensrückzahlungen in der Höhe von 5,83 Mio. EURO und Darlehensneuaufnahmen in der Höhe von 8,5 Mio. EURO weist der Budgetentwurf 2002 eine geringere Neuverschuldung auf. Wir gehen jedoch davon aus, dass wie in den vergangenen Jahren, das tatsächliche Rechnungsergebnis besser sein wird als das Präliminare und wir daher mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit auch 2002 keine Nettoneuverschuldung haben werden. Im außerordentlichen Haushalt für 2002 wurden 18,72 Mio. EURO veranschlagt. Das größte Projekt für das Jahr 2002 ist das Bauvorhaben Bezirkssporthalle mit 3,332 Mio. EURO sowie das Alten- und Pflegeheim Münichholz mit ebenfalls 3,3 Mio. EURO. Für Straßen- und Brückenbau sind 2,892 Mio. EURO vorgesehen, für den Kanalbau 1,528 Mio. EURO. Ich möchte noch ein paar große Brocken im Haushalt des Budgets 2002 erwähnen. Maßnahmen zur Wirtschaftsförderung 835.800,-- EURO, 398.300,-- EURO für die Wohnbauförderung, 355.500,-- EURO für Fuß- und Radwege, sowie 298.900,-- EURO für Maßnahmen zur Altstadterhaltung. Einige Sätze möchte ich noch zum Alten- und Pflegeheim Münichholz und zur Bezirkssporthalle sagen, den beiden größten Projekten des Jahres 2002. Wir brauchen diese beiden Einrichtungen dringend. Die Statistik zeigt, dass die Zahl der älteren Menschen in kommenden Jahren ständig steigen wird. Die Zahl der Menschen die gepflegt werden müssen wird sich bis zum Jahr 2010 um 35 % erhöhen und bis zum Jahr 2030 um 75 %. In Abstimmung mit der Sozialabteilung des Amtes der OÖ. Landesregierung wurde für das APM ein Raumprogramm entwickelt, das im Wesentlichen für die stationäre Pflege 108 Einpersonenwohneinheiten und 6 Zweipersonenwohneinheiten ausweist. Also insgesamt 120 Pflegeplätze inklusive der Kurzzeitpflege. Im Sinne einer ganzheitlichen Seniorenbetreuung im Stadtteil Münichholz sollen zusätzliche Module angeboten werden, wie eine Tagespflege für etwa 12 Besucher, ein Stützpunkt für mobile Dienste, eine Seniorenberatung, sowie Raumkapazitäten für Serviceeinrichtungen. Dieses Konzept ist zukunftsweisend und sehr gut dem Sicherheitsbedürfnis der älteren Generation angepasst. Gebaut wird das APM auf der Drachenwiese. Am 5. Juli wurde im Gemeinderat ein Baubetreuungsvertrag mit der WAG abgeschlossen. Baubeginn ist voraussichtlich Oktober 2002. Im September 2004 soll das APM fertig sein. Die Baukosten belaufen sich auf etwa 190 Mio. Schilling. Was die Sporthalle betrifft, Steyr ist der einzige Bezirk, der diese Einrichtung noch nicht hat. Um die Fördergelder optimal auszunutzen, ist die Sportstätte in einigen Punkten umgeplant worden. Der Vorteil, die Kosten werden von nunmehr 140 Mio. Schilling auf etwa 100 Mio. Schilling gedrückt. Bei Sportveranstaltungen stehen nach wie vor 1000 Sitzplätze zur Verfügung, bei Kulturveranstaltungen bietet die Halle für 3000 Besucher Platz. Für die heimischen Sportvereine wird sich durch die neue Planung keine Änderung ergeben. Es sind auch alle geplanten Sportarten durchführbar. Mit diesen Projekten und Vorhaben, meine Damen und Herren, haben wir uns die Latte zweifellos sehr hoch gelegt und wir müssen auch in Zukunft den Spagat schaffen, der uns in den vergangenen Jahren recht gut gelungen ist. Nämlich den Spagat zwischen Sparsamkeit - verbunden mit einer gesteigerten Effizienz und jenem Maß an Investitionsfreudigkeit, die sich daran orientiert, was auch tatsächlich finanziell machbar ist. Sparsamkeit und Steigerung der Effizienz, meine Damen und Herren, diese Zielvorgaben haben für jedes Unternehmen und somit auch für das Dienstleistungsunternehmen Magistrat permanente Priorität. Verbessern kann man sich immer, aber ich bin überzeugt, dass sich speziell was die Sparsamkeit und die Effizienzsteigerung betrifft, das in den vergangenen Jahren im Magistrat Erreichte durchaus sehen lassen kann. Der Budgetentwurf für das Jahr 2002, der uns heute zur Beschlussfassung vorliegt, stellt die finanzielle Plangrundlage der Stadt für das nächste Jahr dar. Das umfangreiche Zahlenwerk ist daher für die Stadt der finanzielle Leitfaden, der nach besten Wissen und Gewissen erstellt wurde und in dem, davon bin ich überzeugt, kein Projekt, kein Vorhaben enthalten ist, das nicht im Interesse der Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist.

Deshalb darf ich sie ersuchen, diesem Budgetvoranschlag mit möglichst breiter Mehrheit zuzustimmen.

Ich habe zu diesem Zweck einen gemeinsamen Abänderungsantrag der ÖVP und SPÖ vorliegen.

20) Fin-100/01

Voranschlag der Stadt Steyr für
das Rechnungsjahr 2002.

Gemeinsamer Abänderungsantrag

der nachfolgend unterfertigten

im Gemeinderat der Stadt Steyr

vertretenen Fraktionen.

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2002

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, Fin-100/2001, Mag.Le/
ha, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 7. 11. 2001, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2002 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 77.081.400,-- mit

EURO 78.056.900,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 17.532.200,-- mit

EURO 18.725.200,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinen Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche andere sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2002 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages für das Rechnungsjahr 2002 bleiben unverändert.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Abänderungsantrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke, wer wünscht dazu das Wort? Herr Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ein Budget, ein Haushaltsvoranschlag ist immer eine Zustimmung zu einem politischen Weg für das nächste Jahr und der Wille zur Zusammenarbeit. Wir haben in den Verhandlungen, die wir gehabt haben, angedeutet, mit dem neuen Bürgermeister Forstenlechner ein Stück des Weges gerne - wenn irgendwie machbar - zusammen zu gehen und ihn budgetär heute auch zu unterstützen. Es war zwar nicht ganz leicht, weil Bürgermeister Forstenlechner weder in der konstituierenden Sitzung, wo er gewählt worden ist, noch wo anders eine Art Absichtserklärung über die wichtigen Vorhaben abgegeben hat. Das fehlt mir bis heute. Die einzige Presseaussendung die es gegeben hat war, dass er für den Wirtschaftspark ist und das Alten- und Pflegeheim Münichholz. Mir wäre es natürlich recht, wenn wir über die weiteren Vorhaben, insbesondere Verwaltungsreform und andere wichtige Probleme der Stadt, die wir haben, dass wir hier ein Übereinkommen finden, das offen herzeigbar und transparent ist. Ich möchte heute gar nicht die vielen Zahlen, die auch bereits genannt worden sind,

wiederholen, es wird heute die kürzeste Budgetrede in meiner 10-jährigen Tätigkeit im Gemeinderat sein. Ich habe den Abänderungsantrag jetzt überflogen, mehr Zeit hatte ich leider noch nicht, den gemeinsamen Abänderungsantrag von der ÖVP und SPÖ. Ja, es sind sicherlich auch hier keine Punkte drinnen, wo man nicht die Zustimmung geben könnte, überhaupt kein Problem. Deshalb finde ich es auch absolut notwendig, dass wir einen Weg finden, gemeinsam das Schicksal der Stadt Steyr zu bestimmen. Da gehört aber auch dazu, dass wir uns gegenseitig vertrauen. Nicht so, wie nach wie vor leider in den letzten Wochen im Stadtsenat und auch im Gemeinderat passiert ist, dass man Akten weiterhin versteckt, dass man nur Teilakte hergibt, dass Akten völlig schlampig geführt werden, und wenn man dann am nächsten Tag - so wie letzten Freitag passiert - einen Akt nachsehen will, dann wird man im Kreis geschickt, wie wenn jemand dem anderen einen Stecken weiterreicht und im Hintergrund wird wahrscheinlich darüber gelacht. Ich finde diese Haltung nicht richtig und einer Zusammenarbeit abträglich. Die Probleme „Teilakten“ betrifft Vorwärtsakt, betrifft Werndlgründeakt. Wo wir Probleme hatten und haben werden, das ist der Sesselankauf Sportheim Münichholz. Nach wie vor ein sehr umstrittener Akt, der über die Auftragsvergabe alles offen lässt. Dann am letzten Donnerstag im Stadtsenat - Büchereiakt. Es kann ja nicht sein, dass die Einrichtung einer Bücherei ohne Ausschreibung, ohne irgendetwas in Millionenhöhe - über 1,5 Mio. Schilling - einfach so quer herein kommt und dann wird einem mündlich mitgeteilt, ja es gibt eh einen Akt und es ist eh alles ordnungsgemäß gemacht, nur im Akt ist es halt nicht. Das meine ich, dass es hier schon eine qualitative Verbesserung geben muss. Dazu gehört auch, dass den zuständigen politischen Referenten in ihren Verantwortungsbereichen wirklich die Möglichkeit gegeben wird, die Verantwortung auch aufzunehmen, und da ist es kontraproduktiv, wenn wir in einer Diskussion - am letzten Freitag bei einer Zeitung, gemeinsam mit dem Bürgermeister feststellen, ja wir haben einen Parkplatzbedarf, ja wir brauchen Parkplätze und das sehr schnell - und da haben wir keinen Unterschied in der Auffassung - und dann kommt gestern eine offizielle Presseaussendung des Hauses, ja wir haben gezählt, wir brauchen keine Parkplätze und der Verkehrsreferent wird vor Tatsachen gestellt. Die Presse im Hintergrund sagt, ja wer hat jetzt das Sagen? Hat jetzt der Herr Dr. Schmidl, der offensichtlich den Auftrag dazu gegeben hat, das Sagen in der Verkehrspolitik, oder der Verkehrsreferent, oder der Bürgermeister? Hier läuft ja was schief und ich denke, über solche interne Reibungsverluste sollten wir wirklich sagen, Ende des Jahres - Neubeginn mit neuem Jahr und neuem Bürgermeister. Darüber sollten wir wirklich reden, das ist nicht gescheit und dient auch nicht der Stadt. Wir haben bewusst keine Latte gelegt, die es für dieses Budget zu überspringen gibt. Wir wollen, dass wichtige und bisher auch unbestrittene Maßnahmen auch getätigt werden können und haben deshalb zu diesem Budget einen Abänderungsantrag vorbereitet, den ich hiermit auch übergeben möchte. Ich darf kurz zitieren, welche Punkte drinnen sind.

Es sollen Mittel vorgesehen werden für eine Machbarkeitsstudie Zentrales Parkhaus. Ja, brauchen wir, ist glaube ich von allen hier im Gemeinderat unbestritten. Ferner dieser Steg über die Enns. Wir haben schon jahrelang darüber diskutiert, auch hier war bis jetzt eine Übereinstimmung zu sehen. Insbesondere mit der Inbetriebnahme des Ärztehauses, ist diese fußläufige Verbindung von der Ennsleite über das Bahnhofsparkdeck wichtiger denn je und insbesondere auch für die Kaufleute am Grünmarkt. Ferner Mittel für die Sanierung Freibad. Ich sehe jetzt in diesem Abänderungsantrag, der von der SPÖ und ÖVP eingebracht worden ist, dass sie nicht ganz, aber teilweise befriedigend drinnen ist. Im Abänderungsantrag sind € 130.000,-- und wir haben € 150.000,--, also das wird nicht das Problem sein. Es ist überhaupt nichts drinnen, was ein Problem ist und ich ersuche sie, dass sie unseren Abänderungsantrag miteinbeziehen und dann werden wir auch dem Budget zustimmen, ohne jetzt auf die Details in den Zahlen einzugehen. Wir möchten, dass die wichtigen Aufgaben der Stadt gelöst werden. Dazu gehört jetzt auch eine Kleinigkeit, wo ich natürlich absolut dafür bin, weil es auch in den letzten Jahren immer sehr erfolgreich gelaufen ist, das ist das Fahrradmarketing, das für die Imagepflege und einer Verbesserung in diesem Bereich absolut notwendig ist. Abgesehen davon, dass dieses Jahr aus budgetären Gründen der autofreie Tag, der im vorigen Jahr sehr hervorragend gelaufen ist, nicht mehr durchgeführt werden konnte. Das ist auch nicht nachvollziehbar. Ferner möchte ich Mittel vorsehen, wenn es gelingt hier ein Übereinkommen mit Magna herzustellen, dass wir für die Reithoffergründe, die für einen vorübergehenden Dauerparkplatz möglich wären, dass wir

hier Mittel bereitstellen, dass man hier befestigt, eine Straße und die Beleuchtung herstellt, dass man hier bis zur Situierung eines Parkhauses die Dauerparker unterbringen kann. Es gehört natürlich dann auch - neben den finanziellen Bedeckungen - ein gemeinsames „Wollen“ für einen Stufenplan zur Lösung des ruhenden Verkehrs. Das heißt, dass der Stufenplan zur möglichen Behebung der Parkplatzsituation im Sinne einer kunden- und mitarbeiterorientierten Wirtschaftspolitik raschest festgelegt werden soll. Das heißt, Bereitstellung aller brachliegenden Flächen in Fußwegnähe, maximal 10 Minuten zum Zentrum, als kostenlose Dauerparkplätze, insbesondere gedacht für Mitarbeiter. Herr Bürgermeister, hier sei mir noch eine Anmerkung gestattet, ich halte es für nicht gescheit, den Vorwärtsparkplatz jetzt für die 2 Einkaufssamstage als Kundenparkplatz anzubieten. Das war nicht Sinn des Antrages im letzten Gemeinderat. Sinn des Antrages war, Dauerparker ständig dorthin zu bekommen, dass man hier mit 60 bis 80 Dauerparkplätzen den Druck von der Innenstadt nimmt. Es ist ein Druck da, und es ist anerkannt, dass Steyr hier einen qualifizierten Stellplatzbedarf von 350 Stellplätzen im Zentrum hat. Das sage nicht ich, das sagt niemand geringerer als Prof. Stickler bereits 1992. Die Situation hat sich diesbezüglich leider nicht verbessert, sondern eher verschärft, durch verschiedenste Maßnahmen, die wir gerne bereit sind zu diskutieren. Dann gehören bei diesem Parkkonzept natürlich die bestehenden Dauerparkplätze im Zentrum umgewandelt. Ich meine hier Promenade, Sepp Stöger-Straße, Schiffmeisterparkplatz, Eyblparkplatz. Auch hier ein Zeithorizont - Mitte 2002. Dann Festlegung des Standortes der Zentrumsgarage, Auswahl aus den 4 bestehenden Standorten Promenade, unterhalb Werndlparkgymnasium, Schiffmeisterparkplatz und unterhalb der Dukartstraße. Da müssen wir uns einigen, Zeithorizont - auch Mitte 2002. Dann Unterstützung des Baus; die Machbarkeitsstudie werden wohl wir machen müssen - ob jetzt Hoch- oder Tiefbau, Zeithorizont - 2004 - 2006.

ABÄNDERUNGSANTRAG

der im Gemeinderat der

Stadt Steyr vertretenen

Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion

zum

Haushaltsvoranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2002

Gemäß § 42 Pkt. 8 des StS in Verbindung mit § 9 der Geschäftsordnung des Gemeinderates wird folgender Abänderungsantrag zum in Behandlung stehenden Sachantrag (Budget 2002) gestellt.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, Fin-100/2001, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 7. November 2001 wird wie folgt abgeändert:

Der Gemeinderat möge beschließen:

Im gegenständlichen Haushaltsvoranschlag sollen für nachfolgende Projekte Mittel Berücksichtigung

finden:

Zentrumsnahes Parkhaus - Machbarkeitsstudie

€ 22.000,--

Steg über die Enns - Machbarkeitsstudie

€ 10.000,--

Sanierung Freibad

€ 150.000,--

Fahrradmarketing

€ 15.000,--

Adaptierungsarbeiten für die vorübergehende Benützung der Reithoffergründe als Dauerparkplatz

€ 37.000,--

Die Mittel dafür sollen durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln bzw. durch Darlehensaufnahme gedeckt werden.

Weiters soll ein zeitlicher Stufenplan zur raschest möglichen Behebung der Parkplatzsituation im Sinne einer kunden- und mitarbeiterorientierten Wirtschaftspolitik wie folgt festgelegt werden:

Bereitstellung aller „brach liegenden Flächen“ in Fußwegnähe (max. 10 Minuten zum Zentrum) als kostenlose Dauerparkplätze (400 - 600) bis zur Fertigstellung einer Innenstadtgarage

Zeithorizont: Frühjahr 2002

Umwandlung der zentralen Dauerparkplätze in Kurzparkzonen: Promenade, Sepp Stöger Straße, Schiffmeisterparkplatz, Eybl-Parkplatz

Zeithorizont: Frühjahr 2002

Festlegung auf einen Standort Zentrumsgarage. Auswahl aus den 4 möglichen Standorten: Promenade, unterhalb Werndlparkgymnasium, Schiffmeisterplatz, unterhalb Dukartstraße

Zeithorizont: Anfang Sommer 2002

Bau der Garage in raschest möglicher Zeit

Inbetriebnahme 2004 - 2006.

Also, sie sehen Herr Bürgermeister, keine unüberspringbare Hürde, das sind Wünsche, die wahrscheinlich kein Gemeinderat nicht nachvollziehen könnte und wo er nicht dahinterstehen könnte. Ich ersuche sie im Sinne einer gemeinsamen Tätigkeit für die Stadt Steyr diese Wünsche zu berücksichtigen, dann wird die freiheitliche Gemeinderatsfraktion dem Budget zustimmen. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer wünscht jetzt das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Kollegen aus dem Gemeinderat. Die vorweihnachtliche Stimmung, die Adventzeit tragt anscheinend Früchte. Ich muss sagen, ich bin einigermaßen positiv überrascht über meinen Vorredner und stimme ihm grundsätzlich zu. Vor allem in seiner Einschätzung, dass die Zustimmung zu einem Budget auch ein gemeinsamer Weg ist - wenn es die normalen Kriterien erfüllt, was dieses Budget mit Sicherheit macht, das heißt, dass die Ausgeglichenheit da ist, dass es die Maastrichkriterien erfüllt und dass es nicht ein reines Sparprogramm ist, sondern dass da auch im kommenden Jahr sehr wichtige Projekte berücksichtigt sind. Eine Zustimmung zu einem Budget ist - und da gebe ich ihnen wirklich Recht - auch ein gemeinsamer Weg. Das heißt, wie ist der gemeinsame Umgang mit Partnern und ich glaube, dass das wirklich das Entscheidende ist, dass man sich hier im Gemeinderat unter diesen 36 Personen auch wirklich als Partner, die gemeinsam an einem Strang ziehen, sehen sollte. Diese angeführten Wünsche, wie z. B. gleiche Information für alle Fraktionen, das sind Punkte, die wir auch in der Fraktionsobmännerkonferenz schon besprochen haben und wo ich glaube, dass wirklich auch ein gemeinsamer Konsens gefunden werden kann und soll. Das heißt, das ist vollkommen richtig. Die heute eingangs abgehaltene Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag ist ein Rückfall und ich ersuche wirklich zu überlegen, ob das sinnvoll ist, dass man sich zurückzieht auf den Standpunkt einer Mehrheit und sagt, stimmen wir ab - wir sind die mehreren. Ich glaube, dass das nicht der richtige Weg ist, vor allem nicht der Weg, wo man gemeinsam etwas in Steyr bewegen sollte. Ich habe gestern im Landhaus sehr lange mit der Kollegin Schreiberhuber diskutiert. Die hat zu mir gesagt, für mich agiert der Bürgermeister Sieghartsleitner im Bezirk am besten. Ich war da etwas überrascht, aber sie hat es mir erklärt. Sie hat gesagt, der macht keine Beschlüsse gegen irgendjemanden, sondern bei dem gibt es eine Maxime. „Wir diskutieren so lange, bis wir uns alle hinter dem Vorschlag versammeln können.“ Das ist etwas, was wir uns eigentlich auch zum Ziel machen sollen. Wir sollten versuchen, nicht einfach drüber zu fahren, nicht einfach zu bestimmen, weil da bleiben immer Wunden zurück, da werden Gräben aufgerissen und das ist nicht gescheit. Das heißt, ich appelliere, dass diese Einsicht, welche die Kollegin Schreiberhuber transportiert hat, dass die auch hier Berücksichtigung findet. Zu den ergänzenden Wünschen, die der Kollege Pfeil ausgeführt hat, da ist es so wie bei dem anderen Budget. Da ist eigentlich nichts dabei, wo ich sagen könnte, damit kann ich mich überhaupt nicht anfreunden, oder das geht gegen unsere Intentionen. Das heißt, ich könnte mir vorstellen, dass wir diese Dinge wirklich unterstützen. Es ist wie bei allem in einem Gesamtbudget. Bei jedem einzelnen Punkt wird man sagen, hurra, das ist es. Wenn ich mir das

Fahrradmarketing ansehe, da bin ich persönlich auch immer der Meinung, mir wäre 1 Kilometer Fahrradweg der gebaut wird lieber - und das nicht weil ich Baustadtrat bin, sondern weil das wirklich etwas ist, was den Radfahrern hilft und das ist mit Sicherheit keine Fahnenfrage. Das heißt, ich bin sehr glücklich über diese konstruktiven Vorschläge und hoffe, dass wir einen gemeinsamen Antrag finden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr GR Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Ich muss mich zurückhalten, weil jetzt kommen mir bald die Tränen. Was da so an vorweihnachtlicher Harmonie verströmt wird, da müssten wir alle Fenster aufreißen, weil mir schon so warm ums Herz wird. Ich habe schon überlegt, ob ich nicht einen Abänderungsantrag im Sinne des Bürgermeisters Sieghartsleitner stelle, dass wir solange sitzen bleiben, bis wir einer Meinung sind. Aber ich glaube nicht, dass das so einen besonderen Erfolg bei der Durchsetzung hat. Nun gut, nachdem da herinnen so eitel Wonne herrscht, mag ich vielleicht zu der „Süße“ noch ein bisschen Salz dazu geben, bevor es zu „pickert“ wird und wir wirklich länger sitzen bleiben als ausgemacht. Es hat natürlich im Vorfeld auch Verhandlungen gegeben, auch von den Grünen. Es sind viele Dinge ins Budget eingeflossen, aber beim Abänderungsantrag sind auch ein paar Dinge herausgekommen, obwohl wir eigentlich über die sehr intensiv gesprochen hätten. Speziell was die Klimaschutzangelegenheit betrifft, das ist halt auf einmal weg, da kann man nichts machen. Aber was mich am meisten stört - kommen wir lieber erst am Schluss zu der größten Störung. Ich möchte vielleicht noch ein paar Anmerkungen machen, die quasi schon im Voranschlag lesbar waren. Speziell im Gebiet „Soziales“ ist mir aufgefallen, dass für die Steyrer Heimhilfe € 814.000,-- drinnen sind. Ich möchte heute noch einmal und auch öffentlich anmerken, die Steyrer Heimhilfe leistet sicher gute Arbeit, nur in manchen Dingen sollte man vielleicht einmal kritisch überdenken, dass ein Verein, der sozusagen ein Millionenerbe auf dem Konto liegen hat, sich unter Umständen auch die notwendige Zurückhaltung angedeihen lassen sollte, was die Subvention seitens der Öffentlichkeit anbelangt. Wenn ich so eine Latte auf dem Sparkonto habe, dann sollte ich vielleicht ein bisschen bescheidener sein, den Steuerzahler auch noch zu melken. Was auch noch eine wichtige Geschichte wäre, und ich denke mir, da hat sich auch in den letzten Jahren die sozialdemokratische Fraktion sehr dazu bekannt, das ist unsere ganze Ausländerthematik, ob es jetzt das Paraplü ist, oder der Integrationsbeirat. Wir müssen auch dort schauen, dass es auch Erhöhungen gibt. Ich habe gehofft, dass sie im Budget auch stattfinden, aber sie haben leider nicht stattgefunden. Ich kann nicht sagen, dass mich das sonderlich erfreut. Ich denke mir, vielleicht könnte man da noch mehr Gefühl in die Geschichte bringen, weil wir haben dort schon seit Jahren die gleichen Zahlen. Wir müssen auch im Sozialbereich schauen, und ich habe das im Sozialausschuss auch schon des öfteren erwähnt, dass es wichtig ist, dass wir auch Programme entwickeln und dass wir nicht den Fehler machen, dass wir quasi Almosen verteilen, so quasi einmal eine finanzielle Einmalgabe. Wenn man sich nämlich die Entwicklung anschaut, wie es im Budget drinnen steht, es sind ein paar dabei, die haben wir eh schon seit längerem, aber sie sind auch aufgestockt worden; speziell die Kindersoforthilfe, die außergewöhnlichen Notfälle, dann der Kindersozialfond etc. Dort haben wir aufgestockt, was eh sehr gut ist, aber nichts desto trotz brauchen wir Programme und nicht nur das Geld für Einzelalmosen. Wir brauchen Programme, um dieser Problematik, die immer und überall entsteht, auch entgegenwirken zu können.

Die Bezirkssporthalle haben wir heute eh schon genüsslich oder halbgenüsslich andiskutiert. Ich denke mir, dass dann bei der nächsten Gemeinderatssitzung ausreichend Zeit zum Ausarbeiten vorhanden ist.

Die Maßnahmen Heimathaus - das kann eh jeder lesen - von € 130.900,-- auf € 20.000,-- herabgesenkt. Ich weiß nicht, vielleicht könnte man fast im Heimathaus auch schon ein Eckerl einrichten, wo man sozusagen eine historische Entwicklung bezüglich Verbesserung Heimathaus macht. Ich denke mir, das wären so 4 m², wo man die Geschichte des Heimathauses in den letzten 5 Jahren sehr schön darstellen könnte, dass wir dort eigentlich nicht viel weiterbringen.

Jetzt komme ich eigentlich zu dem Punkt, der mich in diesem Budget am meisten stört. Das ist dieses Parkleitsystem, das sich mit 10,8 Mio. Schilling niederschlägt. Ich weiß nicht, ob das auch der Jahreszeit entsprechend eine vorweihnachtliche Punschidee war, so viel Geld in Maßnahmen zu setzen, wo ich mir sicher bin, dass eine ganze Reihe von Fachleuten hier 100 %ig dagegen wären. Wenn ich erinnern darf, es hat schon einmal ein Schreiben unseres Herrn Ing. Grassnigg gegeben, der das sehr kritisch betrachtet hat. Ich denke mir, wir haben eine sehr schwierige Situation in unserer Stadt, einfach auch aufgrund der topographischen Lage und natürlich auch weil wir eine autoproduzierende Stadt sind. Das beinhaltet natürlich auch eine undifferiertere Einstellung was das Auto anbelangt, aber es ist immer noch gelungen, die notwendigen Parkplätze und die Einstellung der Autofahrer auf einen Nenner zu bringen. Das heißt, jeder in Steyr weiß, dass er erhöhte Schwierigkeiten hat, wenn er mit dem Auto von Punkt A zu Punkt B fahren will. Das ist aufgrund der Enge der Gassen, aufgrund des Alters dieser Stadt und auch aufgrund der topographischen Lage. Ich sehe es ja nicht als Nachteil, wenn er es sich dann überlegt und auf ein öffentliches Verkehrsmittel umsteigt, überhaupt nicht. Nur, diesem Trend auch noch entgegen zu wirken, indem man ihm sozusagen dieses 10,8 Mio. Schilling Zuckerl vor die Reifen wirft, da denke ich mir, das ist eine Maßnahme, die gehört eigentlich in die dunkelste Stelle einer Tiefgarage gestellt. Denn, was schaut denn letzten Endes dabei heraus? Wenn es dieses dynamische Parkleitsystem gibt oder geben soll, dann schaut er halt auf den Display, wo in dieser Stadt irgendwelche Parkplätze frei sind. Dann fährt er von Punkt A zu Punkt B, wo dann unter Umständen steht: „Ätsch - keiner mehr frei, fahren sie von Punkt B zu Punkt C.“ Es kommt mir dann schon bald vor wie das Halmaspiel, wenn er dann in Steyr herumfährt und beim letzten Parkplatz steht dann: „Entschuldigung, beschweren sie sich vielleicht bei der SPÖ oder bei der ÖVP, sie haben keinen gefunden.“ Das andere Szenario ist ja - und das haben wir ja heute in den Zeitungen wunderbar feststellen können - dass der Magistrat ja auch eine Untersuchung hat machen lassen und da kommt man drauf, wir haben ja genug Parkplätze.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, sie brauchen sich eh nicht verstecken, Herr Kollege. Natürlich stößt das bei jenen, die sehr autofreundlich sind und am liebsten mit dem Fuß am Gaspedal stehen, auf heftigste Gegenwehr. Aber ich sage nur eines, schauen wir uns diese Entwicklung an. Unsere finanzielle Entwicklung ist beileibe nicht so super, alleine wenn wir uns die Rücklagen ansehen, dann sind die vom 1. 1. 2001 von 154,1 Mio. Schilling bis zum 31. 12. 2002 auf sage und schreibe 30 Mio. Schilling abgesunken. Also ich denke mir, dass es uns beileibe nicht besonders gut geht. Ich will da kein Schreckenszenario inszenieren, denn wir haben es immer wieder geschafft. Ich weiß nicht Herr StR Mayrhofer, ist das ein Spar, den sie da oben auf ihrem Revers haben? Ich glaube schon.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist eine grüne Tanne, die auch ihnen nicht ganz unbekannt sein sollte.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, ich war auch öfter bei ihnen einkaufen. Aber der Gedanke sparen kommt ja aus diesem Geschäftszweig. Wer in solchen Zeiten, wo man ganz genau weiß, dass unsere Rücklagen eigentlich auf einem historischen Tiefstand sind - zumindest was die letzten 4 bis 5 Jahre anbelangt - dann her geht und ein 10,8 Mio.-Projekt, das meiner Meinung nach eine vorweihnachtliche Punschidee ist, in das Budget hineinreklamiert, dann kann ich mir einfach nicht vorstellen, dass das bei der Bevölkerung besonders gut ankommt. Vor allen Dingen, wenn es sich um so ein Luxusprojekt wie dieses handelt, wo ich mir vollkommen sicher bin, dass das absolut für den Hugo ist - Hugo darf man ja nicht sagen - vollkommen sinnlos ist. In diesem Zusammenhang kann ich nur sagen, es sind einige Punkte drinnen, die sehr wohl auch unsere Intentionen betreffen. Nur in dem einen Punkt - und das ist für mich das Wesentlichste - und vielleicht in ein paar anderen, muss ich sagen: Um Gottes Willen, haben wir nichts Besseres zu tun, als unsere Autofahrer ständig auf Händen in der Stadt herumzutragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke dem Kollegen Apfelthaler. Als nächster Herr Vizebgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Mein sehr verehrten Damen und Herren, werte Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Ich glaube, dass wir heute ein Budget beschließen, welches wieder eine Reihe von wesentlichen Fortschritten in unserer Stadt beinhaltet. Ich möchte am Beginn aber schon auch anmerken und ich glaube, das soll man dabei auch nicht übersehen, wir gehen heute doch an eine Grenze im Budget heran, welche so auf die Dauer sicherlich nicht möglich sein wird. Wir haben in den vergangenen Jahren den Spargedanken immer in den Vordergrund gestellt, wir müssen das aber auch für die Zukunft so beibehalten. Alleine aus den Einnahmen heraus, die aufgrund der wirtschaftlichen Situation in der nächsten Zeit auch nicht besser sein werden. Wenn wir die allgemeine Arbeitsmarktlage in Österreich, über die Grenzen hinaus, aber auch in der Stadt Steyr sehen, dann werden die Einnahmen für die Stadt sicherlich nicht mehr werden und wir müssen das Budget sehr scharf im Auge haben. Ich glaube aber, dass es sicherlich sinnvoll ist, in Zeiten wo die Einnahmen gut sind, dass wir dort Rücklagen schaffen und danach trachten, dass Schulden abgebaut werden. Ich glaube, dass wir gerade in den letzten 4 bis 5 Jahren auf diesem Wege sehr erfolgreich gewesen sind und da gehört aber auch dazu, wenn größere Projekte anstehen, dass man auch dort aus diesem Topf schöpfen kann und dass wir diese Projekte auch finanzieren können. Es ist auch in den Ausführungen unseres Herrn Bürgermeister angeführt worden, wir haben ein paar große Projekte, die wir in den nächsten Jahren, aber auch darüber hinaus im Budget noch verspüren werden. Das ist das Pflegeheim Münichholz und die Sport- und Kulturhalle, die wir - wie ich hoffe - auch gemeinsam errichten wollen. Wir haben aber auch in anderen Bereichen Ansätze, wo wir auch glauben, dass ein Bedarf besteht und dass hier auch Wünsche und Anliegen der Bevölkerung da sind. Ich möchte einen Punkt erwähnen, weil das heutige Budget doch ein wesentlicher Schritt in Richtung Nachrüstprogramm unserer GWG ist, wo wir unsere Wohnungen und Häuser auf einen dementsprechenden Standard bringen wollen. Das Nachrüstprogramm wird so ausschauen, dass wir die mehrgeschossigen Häuser mittel- und längerfristig mit Liften ausstatten wollen, um auch der älteren Generation zu ermöglichen, dass sie in ihren Wohnungen bleiben können. Hier ist auch ein nicht unbeachtlicher Budgetansatz vorgesehen. Wir werden aber auch im Bereich Bildung einen weiteren Schritt vornehmen. Wir werden auch die Volksschulen unserer Stadt im kommenden Jahr mit dem Education Highway ausstatten. Ich glaube, das ist vorrangig ein großer Wunsch und ein großes Verlangen der Direktionen und der Lehrkräfte. Ich glaube nicht, dass es vorwiegend für die Kinder ist, aber ich glaube es gehört in der heutigen Zeit zu der Ausstattung. Wir haben im Budget

auch die erforderlichen Mittel für diesen Bereich vorgesehen. Ein Punkt - und den wollen wir auch im nächsten Budgetjahr vorantreiben, wir haben hier auch die Mittel vorgesehen - wir wollen die Volksschule Resthof auf die Schiene bringen. Wir wollen die Planungen soweit vorbereiten, dass wir das Projekt auch beim Land endgültig einreichen können und da - wie es seitens des Landeshauptmannes übermittelt wurde - vor 2004 eh keine Budgetmittel da sind, wollen wir aber als Stadt nicht in die Gefahr kommen, dass wir das nicht eingereicht haben. Wir glauben auch, und das möchte ich wirklich betonen, weil es schon einmal ein bisschen in Frage gestellt worden ist, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir stehen seitens unserer Fraktion und auch ich als Schulreferent, zu dem Neubau Volksschule Resthof. Ich glaube aber auch, dass es an der Zeit und notwendig ist, dass wir diese Schule auch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten errichten, dass wir den Bedarf der Schülerzahlen dort genau ins Auge fassen. Die Geburten sind ja rückläufig - auch in der Stadt Steyr - das müssen wir sehen und wir haben jetzt den Klassenbedarf soweit ermittelt, dass wir sagen, eine achtklassige Volksschule ist wirtschaftlich sinnvoll, dass wir diese jetzt so rasch wie möglich errichten, aber von der Konzeption her so, wenn wieder mehr Geburten sind, dass wir die Schule auch ausweiten können. Hier haben wir auch im nächsten Budget die finanziellen Mittel für eine Planung vorgesehen. Wir haben aber auch in anderen Bereichen zusätzliche finanzielle Mittel vorgesehen, ob das im Kulturbereich ist, das sollte auch nicht übersehen werden, oder auch im Bereich Frauenstiftung, dort ist auch ein zusätzlicher Bedarf gegeben. Die Arbeitsmarktsituation in Steyr ist nicht in dem Hoch, wie es schon einmal war, gerade bei der Frauenarbeitslosigkeit fallen wir wieder etwas zurück. Es ist dort sehr angespannt, die Frauenarbeitsplätze sind bei weitem nicht in dem Ausmaß gegeben, wie wir das brauchen. Hier brauchen wir Schulungsmaßnahmen und Maßnahmen, wo wir das Problem sozial abfedern können und hier haben wir auch finanzielle Mittel vorgesehen. Ich möchte jetzt gar nicht die ganzen Zahlen aufzählen, unser Bürgermeister hat ja das Zahlenwerk erläutert und hat auch die wesentlichen Punkte, die im heurigen Budget vorgesehen sind, erläutert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte schon ein paar Bemerkungen zu meinen Vorrednern machen. Der Wille zur Zusammenarbeit, der vom Vizebgm. Dr. Pfeil angeführt wurde; ich glaube - und ich bin mittlerweile auch schon das zwölfte Jahr im Gemeinderat - es waren immer Bestrebungen vorhanden, dass Zusammenarbeit stattfindet, dass die auch gegeben ist. Es ist halt nicht immer ganz einfach, wenn die Wünsche und die Forderungen gerade im Budget Größenordnungen annehmen, die nicht machbar sind, dann geht das halt nicht und dann kommt man halt nicht zusammen. Zu einem Punkt, den der Herr Dr. Pfeil auch angeführt hat, dass unser neuer Bürgermeister keine Regierungserklärung abgegeben hat. Ich muss das schon zurückweisen, der Herr Bgm. Forstenlechner hat sehr wohl bei Antritt seiner Funktion eine Erklärung abgegeben, er hat auch seine Ziele sehr deutlich formuliert. Er hat das sehr sorgfältig und verantwortlich gemacht und hat nicht eine Wunschliste aufgelegt, was vielleicht so manche hören möchten, sondern er hat diese Projekte angeschnitten, die für die Stadt in der nächsten Zeit wichtig sind, wo er auch seine Prioritäten sieht. Ich glaube, ganz ein wesentlicher Punkt ist, wo er in seiner Erklärung auch gesagt hat, dass der ruhende Verkehr in der nächsten Zeit für die Stadt ein Thema sein wird, dass wir hier verstärkte Vorsorge treffen müssen, dass wir dieses Problem auch in den Griff bekommen. Verschiedene andere Dinge auch, er hat im technologischen Bereich eine klare Position eingenommen und hat aber auch die Zusammenarbeit, die ich vorher angesprochen habe, in seinen Erklärungen erwähnt, vor allem aber auch - und das muss uns gemeinsam bewegen - dass wir die großen Projekte, die zwar weitgehendst auf der Schiene sind, aber auch einer Realisierung bedürfen, dass diese nicht aus den Augen verloren werden darf und ich glaube, dass ein ganz besonderer Ansatz von Herrn Bgm. Forstenlechner in dieser Richtung gemacht worden ist. Gerade bei großen Projekten haben wir alle gemeinsam Zeiten erlebt, wo wir nicht immer sehr zufrieden mit dem Fortschritt, dem Ablauf und mit der Vorgangsweise waren. Wir haben alle gemeinsam dort und da ähnliche Kritik geäußert und ich glaube, dass der Ansatz vom Herrn Bgm. Forstenlechner gut ist, dass für jedes Projekt ein Projektverantwortlicher namhaft gemacht werden muss, der klare Ziele, klare Aufgaben bekommt, damit diese Projekte auch so realisiert werden, wie wir uns das seitens der politisch Verantwortlichen vorstellen. Man kann natürlich überall Kritik üben, wenn man Kritik üben will. Ich glaube, das liegt nicht immer an der Sache selber, z. B. der Grundankauf von den Werndlerben, ich glaube wir haben in der letzten Gemeinderatssitzung darüber lange diskutiert. Das ist eine strategische Entscheidung der Stadt Steyr, die hier getroffen worden ist und da kann man schon sagen, bin ich dafür oder bin ich nicht dafür. Man kann das aber nicht ins Eck stellen und sagen, das sind

schlampige Akten, da ist nicht gescheit verhandelt worden. Man kann immer wieder etwas finden, wo man unzufrieden ist, auch die Sesseln in Münichholz, die angeführt worden sind, wir reden hier von Größenordnungen von S 250.000,--. Man kann das natürlich immer so oder so sehen, man könnte ja auch sehen, wenn ich mich so erinnere, lieber Kollege Mayrhofer, der Brucknerplatz - rund um das City-Point, das hat ja auch nicht unbedingt große Begeisterung bei uns ausgelöst, auch bei den Sozialdemokraten nicht, dass auf einmal die Kosten gestiegen sind. Oder wenn ich nur an den Wieserfeldplatz denke, dort sind ja auch die Millionen zwischen den Fingern zerronnen. Wir haben dafür Verständnis gezeigt und haben gesagt, okay das macht Sinn. Man könnte das natürlich auch durch die Medien transportieren und könnte sich mit aller Wucht da drauf hauen und sagen, was da nicht alles an schiefer Optik sein könnte. Ich glaube, dass das nicht sinnvoll ist und auch der Sache selbst nicht dienlich ist. Wenn auch irgendwo Fehler gemacht werden, dann sicherlich nicht bewusst, um die anderen Fraktionen zu ärgern. Ich nehme das auch von den anderen Ressorts an, wenn irgendwo etwas passiert, dass das nicht deswegen gemacht wird, dass wir uns ärgern. Ich sehe es so, dass es korrekt über die Bühne gehen soll, wenn Akte schlampig sind, dann gehört darauf hingewiesen und vorgesorgt, dass das nicht mehr so passiert. Ich glaube, dass wir gerade vor wenigen Tagen, gemeinsam in den Stadtsenatsfraktionen einen wesentlichen Schritt gesetzt haben, dass kein Akt, bevor er nicht mit dem politischen Referenten abgesprochen ist, an die Magistratsdirektion und dann in das Gremium weitergeleitet werden darf. Ich glaube, dort haben wir vorgesorgt und es ist dann jeder Referent schon auch in einem hohen Ausmaß mitverantwortlich, dass die gut vorbereitet hinkommen. Die Presseaussendung zu den Parkplätzen - ich glaube, hier brauchen wir uns auch nicht gegenseitig Schuld zuweisen oder sekkieren, wir wissen ganz genau, dass der zunehmende Verkehr im Parkplatzbereich Probleme bereitet, da gibt es überhaupt keine politisch unterschiedlichen Ansichten. Wir wissen auch, dass wir in den nächsten Jahren Vorsorge treffen müssen, dass wir eine citynahe Parkgarage brauchen, zu der, die im City-Point errichtet worden ist, dass die am Wieserfeldplatz auch noch zuwenig ist. Ich glaube aber, dass wir jetzt nicht dramatisieren sollten und das ist mit dieser Zählung und der Presseaussendung gemeint gewesen. Wir brauchen auch nicht dramatisieren, dass wir sagen, Steyr erstickt bei den Parkplätzen jeden Tag zur Gänze, sondern es ist so, dass es zeitweise zu bestimmten Zeiten etwas eng wird, das ist unbestreitbar, aber es ist nicht so, dass eine Katastrophe ausgebrochen wäre. In Zukunft werden wir da schauen müssen, dass das auch geschieht. Das wollte ich zum Kollegen Mayrhofer sagen, weil er gesagt hat, der weihnachtliche Friede ist im Vordergrund gestanden. Wegen dem habe ich mich auch - als stärkere Fraktion - am Anfang zu Wort gemeldet, ich habe mir gedacht, dass das auch von uns aus ein Signal sein soll, dass da der weihnachtliche Friede ist. Ich wollte mich eigentlich hinter der Kollegin Frech melden, aber sie ist leider nicht hier, und wollte auch unsere Unterwerfung zum Ausdruck bringen, aber es ist nicht ganz gelungen, ich habe mich hinter den Grünen melden müssen. Das Abstimmungsverhalten am Beginn der Sitzung, das kann man auch in das Eck stellen, wenn man es so will. Aber eines ist natürlich auch klar, wir haben die Sporthalle, die transportieren wir seit 2000, da haben wir den Architektenwettbewerb durchgeführt, wir waren alle gemeinsam in der Jury, wir haben alle gemeinsam die Beschlüsse gefasst. Wenn es hier wo Kritik gibt, wenn man meint, es sei etwas Unkorrektes passiert, es ist in jedem seiner freien Entscheidung, beim Land eine Beschwerde einzureichen. Da wollen und können wir auch niemanden dabei aufhalten, aber ich glaube, es sollte nicht so sein, dass wir dieses Projekt nur mehr zu einem politischen Thema machen und dieses Projekt dabei unter allen Umständen vielleicht dabei umbringen wollen. Ich glaube, das kann nicht in diese Richtung gehen, sondern wir sollten das Projekt gemeinsam sehen. Wir sollten sehen, wie dringend die Sport- und Kulturhalle auch benötigt wird und wir sollten die auch in einem dementsprechenden Tempo vorantreiben. Wir sind da nicht überhastet, so wie es vor wenigen Tagen in der Zeitung gestanden ist, da ist überhaupt nichts überhastet, denn wenn wir im Herbst 2000 den Architektenwettbewerb gehabt haben und im Frühjahr 2002 wollen wir mit dem Bau beginnen, dann kann man doch überhaupt nicht davon reden, dass da etwas überhastet gewesen wäre und dass da geglaubt wird, wir wollen da jetzt etwas über das Knie brechen. Man kann das natürlich so oder so sehen, das jetzt nur einmal zum Abstimmungsverhältnis. Das sind die ganz normalen demokratischen Spielregeln, wenn man sich über einen Punkt nicht einig ist, dass dann die Mehrheit entscheidet. Diskutieren können wir immer, aber irgendwann sollte das Diskutieren einmal aufhören und wir sollten etwas weiterbringen und nicht zu Dauerdiskutierern werden. Ich glaube, das ist auch nicht der Sinn und Zweck. Wie du erwähnt hast, dass der Bürgermeister Sieghartsleitner, ...

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Die Kollegin Schreiberhuber!

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Vielleicht hat sie in deine Richtung signalisieren wollen, wie der vielleicht moderat ist und wie schwierig das in Steyr ist. Das könnte man auch wieder so oder so sehen.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich glaube, in Summe, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, beschließen wir heute ein Budget, das wirklich alles umfasst, wo wirklich alle wichtigen Dinge drinnen sind. Zum Abänderungsantrag vom Herrn Dr. Pfeil, ich glaube, dass wir im Rahmen und am Ende der Debatte eine Beratung durchführen sollten. Wir haben auch diese Woche ein Gespräch gehabt, wir haben auch als Mehrheitsfraktion - und das möchte ich in diesem Kreise auch sagen - dass wir großes Interesse daran haben, dass ein Budget von einer breiten Mehrheit getragen wird, weil ich glaube, dass das für die Stadt wichtig ist, weil das auch wichtig für uns ist. Wir müssen das Budget auch umsetzen, natürlich sind da schon ein paar Punkte drinnen, die man nicht so einfach über das Knie brechen kann, sondern da ist wesentlich mehr dahinter. Ich bin dafür, dass wir über das noch diskutieren und vielleicht gelingt es uns, dass wir zu einem Abänderungsantrag mit drei oder vier Fraktionen kommen. Mit drei Fraktionen, weil ja die Kollegin Frech nicht da ist. In diesem Sinne ersuche ich wirklich alle, diesem Budget die breitestmögliche Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium. Es ist wieder einmal so weit, nicht nur Weihnachten steht vor der Tür, auch die wichtigste Sitzung des Jahres, die sogenannte Budgetsitzung nimmt ihren Lauf. Eigentlich hat der Kollege Apfelthaler - und in Ansätzen auch zeitweise der Kollege Bremm - den weihnachtlichen Frieden, der ein paar Mal angeführt wurde, den Adventfrieden und den Weihrauchgeruch sozusagen ein bisschen aus den geheiligten Hallen vertrieben. Erstmals, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates,

hat der neue Finanzreferent und neue Bürgermeister David Forstenlechner, einen Jahresvoranschlag dem Gemeinderat präsentiert. Nun, meine Damen und Herren, muss man sich aber die Frage stellen, wie entsteht ein derartiger Voranschlag? Welche Einflüsse waren entscheidend, welche Schwerpunkte wurden gesetzt und vor allen Dingen, wurden dir richtigen Schwerpunkte gesetzt? Selbstverständlich ist - und das sage ich deswegen, um gleich einige Fragen zu beantworten - erstens die finanzielle Grundlage, zweitens der finanzielle Spielraum, der zugegebener Maßen nicht immer alleine von der Gemeinde, sondern auch von Bund und Land abhängig ist, und drittens ist es vor allem von jener Fraktion abhängig, welche die Mehrheit der ressortverantwortlichen Stadtsenatsmitglieder stellt, was so im nächsten Budget, also im Budget 2002, umgesetzt wird. Allerdings ist es auch erforderlich, dass sich die SPÖ-Fraktion, aufgrund der Verhältnisse in diesem Gemeinderat, die Zustimmung durch andere Mandatare absichert. Daher gibt es Budgetverhandlungen und es müssen weitere Forderungen in den Voranschlag einfließen, die dann von mehreren Fraktionen auch getragen werden müssen. Ein Kompromiss also für alle Beteiligten. Natürlich wird der Finanzreferent bestrebt sein, seine Verhandlungen so auszurichten, dass das Kompromissrisiko so gering als möglich ist und er hat sich offensichtlich bei der ÖVP weniger anstrengen müssen. Obwohl er bei den Vorgesprächen, und ich war ja dabei, größtenteils Übereinstimmung mit unseren Vorstellungen, die ja unser Fraktionsobmann bereits heute hier präsentiert und präzisiert hat, signalisiert hat. Und obwohl wir mit Ressortforderungen, meine Damen und Herren, sehr zurückhaltend waren. Ich gehe nach wie vor davon aus, dass man eine Zustimmung des Stadtwerkereferenten, und damit meine ich mich selbst, zum gesamten Voranschlag nicht davon abhängig machen kann, ob man seinem eigenen Unternehmen, ich spreche jetzt vom Verkehrsbetrieb, nachdem das Gasgeschäft rückläufig ist, Finanzmittel zuführt oder auch nicht. Vielmehr ist es eine Frage, ob man diese Leistungen des Verkehrsbetriebes für notwendig erachtet oder auch nicht. Ich, meine Damen und Herren, halte diese Leistungen des Verkehrsbetriebes im Interesse der Bürger unserer Stadt für absolut notwendig und bin auch froh darüber, dass das auch in diesem Nachtrag des Budgets seinen Niederschlag gefunden hat, nämlich in der Form, die ich bereits im Zuge der Vorstellung der Bilanz 2000 zum Ausdruck gebracht habe. Aber eines hat mich schon sehr verwundert, meine Damen und Herren, das möchte ich auch nicht verhehlen, dass man vorerst in dieser dicken Vorlage, die da überall auf den Tischen herumliegt, es nicht der Mühe wert gefunden hat, für das städtische Freibad Finanzmittel vorzusehen, um Sanierungsmaßnahmen zu setzen. Für ein eigenes Unternehmen also, das seit 1969 in Betrieb ist und wo mehrere Gebäude, wie ihnen ja bekannt ist, wegen herabfallende Teile bereits abgesichert werden mussten. Das hat mich schon verwundert, aber es ist ja offensichtlich doch einigen klargeworden, dass es erforderlich ist, der Bevölkerung ein Zeichen zu setzen, indem man zumindest 2 Mio. Schilling vorsieht, um ihnen die sanitären Einrichtungen des Bades in neuer Form zu präsentieren. Wie gesagt, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben unsere Forderungen sehr zurückgestellt und haben uns bewusst in dieser Richtung zurückgehalten. Ich wiederhole jetzt nicht die einzelnen Forderungen, weil ja wie gesagt der Fraktionsobmann Dr. Pfeil bereits im einzelnen darauf eingegangen ist und darauf hingewiesen hat. Ich möchte bei einem Beitrag den der Kollege Bremm gebracht hat ganz kurz verweilen und der betrifft die Volksschule Resthof. Ich kann dir versichern, Kollege Bremm, dass das nicht nur ein Anliegen der SPÖ-Mehrheitsfraktion ist, sondern wie ich annehme ein Anliegen aller im Gemeinderat vertretenen Parteien und Fraktionen. Und zwar deshalb, weil sich gerade in letzter Zeit im besonderen Maße wieder gezeigt hat, dass wir besondere Schwierigkeiten haben, weil es in einem Stadtteil, meine sehr geehrten Damen und Herren, mit mehr als 5.000 Einwohnern keine eigene Schule gibt. Es gibt in ganz Österreich keine Gemeinde, die Frau Kollegin die im Schulbereich tätig ist nickt, die eine derartige Bevölkerung aufzuweisen hat und dort keine Schule vorhanden ist. Das führt wiederum jetzt zu dem, was ich vorhin gesagt habe, dass wir im besonderen in der letzten Zeit darauf hingewiesen wurden - die Aktion der Rundschau, betreffend der Schülerfahrten. Wir haben also diese Probleme gerade deswegen, weil wir eben vom Stadtteil Resthof mit öffentlichen Verkehrsmitteln Schüler in sehr großer Anzahl in einen anderen Stadtteil bringen müssen. Wobei ich auch nicht verhehle, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass die Beiträge, die dort in dieser Leserbriefaktion nachzulesen waren, nicht besonders zur Beruhigung beigetragen haben und zwar deshalb nicht, weil sich die Chauffeure natürlich deswegen sehr betroffen fühlen und aus diesem Grund auch eine eigene Sitzung einberufen haben, im Beisein der Personalvertreter, da nachzulesen war, dass die Chauffeure unter anderem wie die Idioten fahren. Das ist ja nicht gerade eine schmeichelhafte Titulierung für viele Chauffeure, die sich wirklich sehr

bemühen, diesen schwierigen Dienst zu versehen. Ich habe mit einigen dieser Leserbriefschreiber bereits gesprochen und ihnen vor Augen geführt, was es heißt, Schülertransporte zu fahren. Jeder der das einmal miterlebt hat weiß, wovon ich rede und das ist halt auch nicht sehr schmeichelhaft, wenn hier zu lesen ist, dass man die Schülertransporte mit Schlachttiertransporte vergleicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das wird sicherlich nicht zur Beruhigung dieser Situation beitragen. Nichts desto trotz habe ich aber, um diese Situation einer Lösung zuzuführen, bereits mit dem Bezirksschulinspektor gesprochen, im Beisein der Verantwortlichen der Stadtwerke, und an ihn die Bitte herangetragen, doch auch einen Beitrag zur Verbesserung zu leisten. Einen Beitrag insofern, als dass man versucht, die Beginnzeiten der Schulen in Gleink und am Tabor zu verschieben. Dann hätten wir nämlich ein großes Problem weg, denn obwohl wir dort in einem 5-Minuten-Takt mit mehreren Gelenkzügen fahren, haben wir das Problem, dass in der Regel alle mit einem Bus fahren und das führt dann zu derart massiven Überlastungen des Busses. Nun aber zurück zur tatsächlichen Situation, zur Vorlage des Budgets. Es liegt ein gemeinsamer, ich formuliere es jetzt einmal so, Überraschungsabänderungsantrag ohne SPÖ und ÖVP vor, der eine Ausweitung im ordentlichen Haushalt von rund 13,4 Mio. Schilling - ich sag es jetzt einmal in Millionen, ich tu mich nun einmal leichter so, wir haben ja noch die Schillinge und ich werde mich dann hoffentlich rechtzeitig umstellen können - also im ordentlichen Haushalt von 13,4 Mio. Schilling und im außerordentlichen Haushalt von rund 16,4 Mio. Schilling vorsieht. Da erhebt sich für mich schon eine Frage, meine Damen und Herren, und da werde ich sehr bewusst diesen vorweihnachtlichen Frieden ein bisschen stören. War das Budget so schlecht vorbereitet, dass das notwendig war? Waren wirklich in dieser Vorlage nur Pflichtausgaben und ein paar Lieblingsprojekte der SPÖ enthalten? Da muss ich sie schon sehr deutlich fragen und da erwarte ich mir auch eine Antwort. Der Kollege Bremm ist leider vor mir drangekommen, aber vielleicht wird er es mir noch erklären. Mehrere dieser zusätzlichen Projekte, und da hat auch der Kollege Apfelthaler mit Recht darauf hingewiesen, meine Damen und Herren, wurden zwar andiskutiert, es hat aber nie eine Entscheidung in den entsprechenden Ausschüssen gegeben. Das möchte ich schon auch hier vermerkt wissen. Diese Vorgangsweise beweist aber auch vor allen Dingen eines, meine Damen und Herren des Gemeinderates, dass man eigentlich die FPÖ bei dieser Beschlussfassung nicht dabei haben wollte. Man wollte sie nicht dabei haben, denn man war eher bereit, diese nicht unerheblichen Voranschlagsausweitungen in Kauf zu nehmen. Denn unsere Forderungen, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben sich ja wirklich in einem sehr bescheidenen Ausmaß präsentiert. Wenn ich hier noch einmal auf diesen Abänderungsantrag hinschaue, den, wie ich hoffe, alle unterstützen werden, dann lese ich da zentrumsnahes Parkhaus, Machbarkeitsstudie - € 22.000,--. Da fällt mir im übrigen eines ein, dass es ja auch Experten gibt, die sich mit Standortmarketing und Frequenzzählungen befassen. Das ist im übrigen Karl Schörkhuber, der das verfasst hat, was ich ihnen hier nicht vorenthalten möchte. Da steht unter anderem drinnen: „Das Standortmarketing muss immer vor Augen haben, dass der PKW-Stadtbesucher als Faustregel die Hälfte bis drei Viertel der Kaufkraft in der Innenstadt durchführt.“ Es steht aber auch drinnen, und das sage ich zu den Kollegen der ÖVP, dass man Haushaltsbefragungen durchgeführt hat, also direkt die Kunden befragt hat, die sehr interessant geantwortet und unter anderem festgestellt haben (das waren im übrigen 81 %), dass es äußerst wichtig ist, dass man Fachärzte im vermehrten Ausmaß in der Innenstadt ansiedelt. Wenn ich jetzt davon ausgehe, da meine ich jetzt im besonderen den Kollegen Hack, der sehr vehement und auch zu Recht als Vertreter der Stadtplatzkaufleute auftritt, da seid ihr ein bisschen daneben gelegen, denn das liegt nicht direkt am Stadtplatz, das was dort drüben errichtet wurde, obwohl wir nie dagegen aufgetreten sind. Also da wird man sicherlich auch noch darüber nachdenken müssen, wie man die Frequenz, die dadurch abfließt, auf anderer Seite wieder hereinbringt. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte aber im Abänderungsantrag der Freiheitlichen weiter fortfahren, denn da steht weiters geschrieben, Steg über die Enns - ebenfalls eine Machbarkeitsstudie in der Größenordnung von € 10.000,--, Sanierung Freibad, wurde ja bereits aufgenommen, Fahrradmarketing € 15.000,--, Adaptierungsarbeiten für die vorübergehende Benutzung der Reithoffergründe als Dauerparkplatz. Also wirklich - und das unterstreiche ich jetzt - sehr bescheidene Anforderungen, welche die freiheitliche Gemeinderatsfraktion an dieses Budget gestellt hat. Meine Damen und Herren, trotz der Tatsache, dass ich mich sehr kritisch geäußert habe, bin auch ich bereit, diesem Budget, auch dieser Ausweitung, die Zustimmung zu geben, sofern dieser Abänderungsantrag auch entsprechend positiv beurteilt wird. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster Herr GR Fürweger.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Sehr verehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, entschuldigen sie bitte meine heisere Stimme. Jedes Jahr wird vom Gemeinderat ein Budget erstellt, ich würde sagen beschlossen, für ein Jahr, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist immer so!

Gelächter

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Es wird immer klarer, dass es nicht genügt, ein Budget nur für ein Jahr zu erstellen. Wir planen nur von Jahr zu Jahr, obwohl wir uns selber laufend einen größeren Planungshorizont vor Augen halten. Wir wissen es ganz genau, dass größere Bauvorhaben mehr als nur ein Jahr beanspruchen. Ob es jetzt die Beurteilung im eigenen Haus ist, ob es die Planung außerhalb des Hauses ist, oder auch ob es die Arbeiten am Bauwerk selber sind. Jahre dauerte es, bis die Nordspange gebaut worden ist, oder das Bahnhofsparkdeck. Eigenartigerweise sind wir aber nicht in der Lage, ein Budget zu erstellen, das auch über mehrere Jahre gilt. Ein sogenanntes mittelfristiges Finanzkonzept wäre hier vielleicht nicht schlecht. Wir sind aber sehr wohl in der Lage, Millionen während des Finanzjahres auszugeben, die in der Budgetsitzung im letzten Dezember mit keiner Silbe erwähnt wurden. Ich denke hier sofort an einen Spielfilm, der uns gleich 1 Mio. Schilling wert war. Ich brauche gar nicht soweit zurückdenken, an die letzte Gemeinderatssitzung, wo wir 2 Mio. Schilling für die Christkindlwelt ausgegeben haben, oder 20 Mio. Schilling für den Ankauf eines Grundstückes in der Unterhimmler Au. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, es muss uns im nächsten Jahr gelingen, eine mittelfristiges Finanzkonzept zu erstellen. Wenn ich „uns“ sage, so meine ich in erster Linie die Mitglieder des Stadtsenates. Um nur ein paar Beispiele zu nennen, der längst dienende Mandatar, mein Vorsprecher, unsere StR Roman Eichhübl, muss jedes Jahr einen Eiertanz aufführen, um Selbstverständlichkeiten ankaufen oder bauen zu können. Denn es ist wohl selbstverständlich, dass Autobusse, die mehr als 600.000 km auf dem Buckel haben, ersetzt werden müssen. Es ist wohl auch selbstverständlich, dass 40 Jahre alte Toiletteanlagen im Stadtbad durch neue ersetzt werden müssen. Auch für den Straßenbaureferenten der Stadt, Herr StR Mayrhofer, kann es ja nicht zu einem Dauerzustand werden, wenn er mit dem Asphaltkübel durch die Stadt laufen und Löcher ausbessern muss. Eine Situation wie heuer in der Neuschönau, sollte eigentlich eine einmalige Situation bleiben.

Meine schriftliche Anfrage am Beginn der Sitzung hat auch gezeigt, dass in manchen Bereichen jahrelang wenig geschehen ist, sonst wäre es nicht Faktum, dass es jetzt noch immer 22 städtische Wohnungen ohne Wasseranschluss gibt. Es ist auch wirklich ein unerträglicher Zustand, wenn es in

unserer Stadt ein Sozialamt gibt, in dem es keinen Lift gibt. Meine Damen und Herren, in Linz ist es schon gang und gebe, durch Förderungen des Landes und der Stadt werden Altbauten mit Liftanlagen nachgerüstet. Ich habe das heute schon gehört und auch gelesen, man beginnt unsere Altbauten mit Liften nachzurüsten, das wird aber auch über einen längeren Zeitraum gehen. Auch hier müssen wir auf längere Sicht finanzielle Mittel einplanen. Dieser nachträgliche Lifteinbau hat natürlich große Synergieeffekte, die älteren Bewohner können die Wohnungen länger bewohnen, aber auch für jüngere Familien ist es einfacher, für die Mütter mit ihren kleinen Kindern.

Genauso wie die Umgestaltung des über 50.000 m² großen Kasernenareals, auch dort bietet sich eine Möglichkeit, neben dem Bau von Wohnungen oder Gewerbe, auch die Einsatzzentralen der Feuerwehr und der Polizei unterzubringen. Ich bin auch sehr zuversichtlich, dass unser Bürgermeister, so wie der frühere Bürgermeister, der das kommunale Zentrum errichtet hat und hier die kommunalen Einrichtungen zusammengeführt hat, dass man dort oben auch die Einsatzzentralen, jedenfalls die der Feuerwehr und vielleicht auch die der Polizei deponieren kann. Das Gebäude der Feuerwehrzentrale und des Löschzuges 2 befindet sich in der engen Sierningerstraße. Es bietet sich dort auch ein idealer Synergieeffekt vielleicht für die Fachhochschule, dieses Gebäude ist in unmittelbarer Nähe und man könnte dort entweder Unterrichtsstätten oder Quartiere für Fachhochschüler errichten. Die Räumlichkeiten im Schloss Lamberg, die derzeit von der Polizei beansprucht werden, bieten sich hervorragend für eine touristische oder kulturelle Nutzung an. Abschließend möchte ich ihnen eine achtseitige Sonderbeilage des Kuriers vom 29. 11. zeigen, zwar mit dem Thema „Mariazeller Advent“. Mariazell bewirbt das sehr profimäßig, aber an und für sich mit Sachen, die wir auch alle haben. Ein Postamt aus Lebkuchen, die Mariazeller Bahn und dann die Eröffnungsveranstaltung mit Ernst Grissemann. Ich habe ihnen das deswegen gezeigt, um aufzuzeigen, dass wir sicher nicht die einzigen sind. Wir stehen in einem harten Wettbewerb zu anderen Städten und Orten, wir dürfen uns nicht zurücklehnen. Ich glaube, um in Zukunft für diesen Wettbewerb gewappnet zu sein, ist es notwendig - und da komme ich wieder zum Leitthema meiner Rede - ein mittelfristiges Finanzkonzept zu erstellen.

Meine Damen und Herren, ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt die Mittagspause machen und uns dann wieder treffen.

Diskussion verschiedener Mandatare

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es geht aber jetzt schon darum, dass wir für die Zeit ein Essen bestellt haben.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Nein, bestellt haben wir nichts. Es geht eigentlich nur darum, dass es 2 Abänderungsanträge gibt, und wir sollten uns dazu noch einmal kurzschließen, dass wir uns noch einmal beraten und dann gehen wir in die Entscheidung.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich lasse jetzt abstimmen, wer dafür ist, dass wir die Sitzung jetzt weiterhin fortsetzen und nur eine Unterbrechung vornehmen, um uns in den Fraktionen zu beraten. Wer dafür ist, Zeichen mit der Hand.

Zwischenruf: Bedenkt aber, dass am Nachmittag die Frau Frech da ist!

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir werden uns jetzt in den Fraktionen zurückziehen, um den zweiten Abänderungsantrag zu beraten.

GR Mag. Gerhard Klausberger verlässt um 12.25 Uhr die Sitzung.

PAUSE VON 12.25 UHR BIS 12.52 UHR

GR Dr. Wilfrid Wetzl kommt um 12.52 Uhr in die Sitzung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte den hohen Gemeinderat jetzt fragen, ob es noch eine Wortmeldung gibt, an und für sich wäre es auch möglich nur eine Fraktionsstellungnahme abzugeben, oder ob wir wieder in die Diskussionsrunde einsteigen. Wir haben es jetzt zwischen den Fraktionen geklärt, es wird einen gemeinsamen Abänderungsantrag geben. Will sich jetzt noch jemand zu Wort melden?

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist nicht der Fall.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Nein, nein, wir leben schon in einer Demokratie. Es geht darum, wenn das vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen wird, dass jeder Fraktionsvorsitzende noch eine kurze Stellungnahme abgibt, wenn sie damit einverstanden sind, wenn niemand dagegen ist, dann verbleiben wir so und der Herr Bürgermeister wird dann das Schlusswort sprechen.

Herr Vizebgm. Bremm bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER GERHARD BREMM:

Ich gehe nur heraus, weil es für das Protokoll ist.

Ich kann wirklich nur eine kurze Stellungnahme abgeben, dass wir dem Abänderungsantrag der Freiheitlichen zustimmen, der in der Formulierung noch bekannt gegeben wird, da er noch eine kleine Abänderung hat. Die Dauerparkplätze und die Vergebührung der Promenade und Sepp-Stöger-Straße, das kann nur in Kombination sein. Wir, seitens der sozialdemokratischen Partei, werden diesen Abänderungsantrag mittragen und somit können wir ein gemeinsames Budget beschließen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin sehr froh, dass es eine Einigung geben wird, weil es schon, ich sage es an dieser Stelle noch einmal, auch von unserer Seite ein Vertrauensvorschuss dem Bürgermeister gegenüber und auch der Wille zur Zusammenarbeit ist, eine Dokumentation dazu. Inhaltlich zu unserem Abänderungsantrag noch, es gibt eine kleine Ergänzung, eine Präzisierung war aber meines Erachtens nicht notwendig, weil es so gedacht war. Selbstverständlich werden wir erst dann im Verkehrsausschuss darüber befinden - über die weitere Rücknahme von Dauerparkplätzen in Zentrumsnähe, wenn natürlich Ersatzparkplätze geschaffen worden sind. Wenn es mit Reithoffer nichts werden sollte, das möchte ich auch noch dazu haben, dass es protokolliert wird, dann muss die Stadt natürlich so rasch wie möglich alternative Möglichkeiten suchen. Wir werden dann selbstverständlich im zuständigen Gremium schauen, ob diese Kurzparkzonen vergebührt werden, die Länge - ob das jetzt 30 Minuten auf dem Stadtplatz sind, wo ich dafür eintrete, dass sie bleiben, aber alles andere ist flexibel. Ich bin dafür, dass wir eine generelle Lösung finden, aber das werden wir uns dann überlegen, möglichst eine einfache klare übersichtliche Regelung, vergebührt oder nicht vergebührt, das müssen wir uns dann ausmachen, Mittagszeit - ja oder nein, und ich denke, wenn wir uns gemeinsam zu einem Parkkonzept finden können, wäre das ein quantitativer, qualitativer Schritt in der Steyrer Verkehrspolitik. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke, Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich kann in diesen Reigen eigentlich nur einstimmen. Ich finde es sehr positiv, dass wir uns wirklich auf einer breiten Basis finden können. Ich sehe das wirklich als eine Art Neubeginn und hoffe, dass es auch tatsächlich so gelebt wird, wie heute die Absichtsäußerungen da sind. Dass sich der Fraktionsobmann der alternativen Liste da ein bisschen schwer tut und aufgrund des letzten Gemeinderates das Bedürfnis hat sich zu rehabilitieren, dafür habe ich volles Verständnis, das gehört auch dazu. Wir werden dem Abänderungsantrag zustimmen.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr GR Apfelthaler bitte. Willst du nichts mehr sagen?

Schlusswort bitte.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich bin heute natürlich in einer sehr glücklichen Lage, das muss ich einmal ganz klar vorwegschicken und ich möchte mich auch bei meinen Verhandlungspartnern sehr herzlich bedanken, dass diese Budgetgespräche und -verhandlungen in dieser Form gelaufen sind. Herr Dr. Pfeil hat heute schon gesagt, er wünscht sich eine qualitative Verbesserung. Ich glaube, diese qualitative Verbesserung ist heute schon einmal gelungen. Ich glaube, es ist auch einiges in Richtung Leistung gelungen. Also, Leistung ist eine Arbeit pro Zeiteinheit und wir haben heute eine Budgetsitzung, die selten so kurz wie heute war. Ich muss auch dazu sagen, dass das für mich eine Sache ist, die mir sehr gut gefällt. Es freut mich auch, dass es eine Einigung Richtung citynaher Parkmöglichkeiten gegeben hat. Wir haben in den vergangen Wochen und Monaten über diese Themen viel gesprochen, wir haben auch schon einige Pläne gesehen. Wir haben auch über eine citynahe Parkgarage im Bereich Dukartstraße oder im Bereich HAK und HASCH gesprochen. Ich glaube, nach diesem heutigen Beschluss können wir sagen, dass wir wirklich ernst darangehen, diese Parkgaragen zu schaffen. Ich hoffe, dass es uns gelingt, dass wir entsprechende Betreiber für diese Parkgaragen finden. Denn ich glaube, das ist für mich auch ein Maßstab, wenn es ernstzunehmende Interessenten gibt, dann wird auch das Problem, dass wir zu einer entsprechenden Finanzierung kommen, nicht mehr so groß sein. Vielleicht noch ein paar Worte; ich wollte unbedingt auch noch Antwort geben zu den Worten die auch gefallen sind.

Der Kollege Fürweger - glaube ich - hat gesagt, man wollte die FPÖ nicht dabeihaben. Also so war es sicher nicht, ich habe immer Gespräche mit der FPÖ geführt und ich habe auch bis gestern noch mit dem Herrn Dr. Pfeil telefoniert, wo wir uns treffen könnten. Gott sei Dank ist das heute auch so

ausgegangen, das ist auch irgendwo ein Beweis, dass man immer mit allen sprechen wollte und dass es immer mein Ziel war, einen möglichst breiten Konsens zu finden.

Das nächste Thema, das bei den Budgetbesprechungen auch sehr häufig angesprochen worden ist, ist der Planungshorizont von einem Jahr. Da muss man ganz ehrlich sagen, dass der für ganz bestimmte Themen nicht unbedingt ideal ist. Ich spreche jetzt z. B. das Kulturthema an, es ist für Kulturveranstalter immer sehr schwer, dass kurzfristig interessante Kulturveranstaltungen nach Steyr geholt werden müssen und wir können den Beschluss erst im Dezember machen, wollen aber vielleicht schon im März oder April eine große Veranstaltung haben. Zu diesem Thema möchte ich auf alle Fälle in Zukunft auch meine Gesprächsbereitschaft ausdrücken und hier deponieren. Ich wünsche mir auch in Zukunft für verschiedene Themen einen längeren Planungshorizont, vielleicht gelingt es uns in Zukunft auch einmal, dass man ein Budget macht welches über 2 Jahre geht, wie es in anderen Gemeinden bereits umgesetzt wird.

Auf das Thema Sporthalle möchte ich auch ganz kurz eingehen. Mein Ziel ist es sicher nicht, einen Beschluss gegen irgendjemanden zu fassen. Mein Wunsch ist es, dass wir in dieser Sache in den nächsten Wochen bereits die Festlegungen haben, die uns ermöglichen, dass wir diese Sporthalle in der gewünschten Form in Steyr realisieren können. Ich glaube, dass wir es den Steyrer Sportlern auch schuldig sind, dass wir endlich einmal eine vernünftige und für uns alle angemessene Sporthalle in Steyr bekommen.

Unverständlicher Zwischenruf

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Für die Kultur selbstverständlich auch, aber für die Kultur habe ich mir erst in den letzten Wochen und Monaten ein Bild in der Richtung gemacht, was in Steyr bereits alles an Räumlichkeiten angeboten wird, es fehlt uns ja wirklich nur mehr diese große Halle, wo bis zu 3000 Leute rein können, aber alles andere haben wir eigentlich in einem hervorragenden Zustand. Ich habe erst vor kurzem von einem Veranstalter gehört, unser großes Haus für 660 Zuschauer hat beste Voraussetzungen für Kulturveranstaltungen. Er hat dieses große Haus in den höchsten Tönen gelobt und er hat gesagt, wir werden in diesem Haus auch in Zukunft mehr Möglichkeiten haben. Nachdem ja der Herr Röber sein Kino jetzt ganz groß ausbaut, werden wir jetzt auch in der Kultur verstärkt die Möglichkeiten haben, Veranstaltungen in diesem Haus zu haben.

Vielleicht noch zu dem Thema - weil es geheißen hat - Forstenlechner hat sich nicht präsentiert, er hat kein entsprechendes Grundsatzreferat gehalten.

Grundsätzlich möchte ich einmal dazu sagen, dass es ja schon ein Abkommen gegeben hat. Wie Herr Leithenmayr Bürgermeister geworden ist, hat man ja schon festgelegt, welche Projekte durchgezogen werden. Ich habe zuerst einmal gesagt, ich möchte mich einmal an dieses Programm halten, ich möchte auch diese Vorhaben einmal durchziehen. Das ist meiner Ansicht nach eh schon ein großer Anspruch, dass wir das alle so durchbringen. Dass es selbstverständlich in meiner Zeit Änderungen geben wird, ich glaube, das hat der eine oder andere schon verspürt. Das heißt, auch bei den verschiedenen Projekten, wie es der Vizebgm. Bremm schon gesagt hat, ist es ja so, dass ich bei Projekten ganz klar darauf hinweisen und drängen werde, dass es ein gutes Projektmanagement gibt, dass dieses Projektmanagement entsprechend konsequent umgesetzt wird, dass es Meilensteine gibt, dass es regelmäßige Projektteamsitzungen gibt, dass es Status gibt, die auch allen anderen Parteien zugänglich sind. Also, alles das sind Themen, die ich in Zukunft konkret und genauer betreiben möchte. Ich habe bei einzelnen Projekten auch versucht, diese Projektorganisation schon entsprechend mit Nachdruck voranzutreiben. Ich sage nur als Beispiel, beim Alten- und Pflegeheim

Münichholz haben wir - aus meiner Sicht - für die Entscheidung Küche - 2 Küchen oder 1 Küche, dezentrale oder zentrale Küche - viel zu lange gebraucht, das wäre meiner Meinung nach wesentlich schneller zu entscheiden gewesen. Ich habe bei der ersten Sitzung, wo ich dabei war, auch in diese Richtung getrieben, dass die Entscheidung sehr schnell gefallen ist. Zweites Beispiel, Volksschule Resthof. Das ist für mich auch das gleiche Thema, man hat viel zu lange diskutiert. Da sind Zeiträume verstrichen, die nicht notwendig waren. Das wird in Zukunft nicht mehr in dieser Form passieren, soweit ich es beeinflussen kann.

Zum Bereich Verwaltung möchte ich auch ein paar Worte verlieren, weil mir das auch am Herzen liegt. Der elektronische Akt, über den möchte ich gar nicht groß reden, das ist für mich sowieso eine Selbstverständlichkeit, das muss irgendwann verfeinert werden und in einer Form da sein, dass jeder Bürger diese Formulare - die er sich in der Vergangenheit holen musste - selbstverständlich runterladen kann und dass er sie jederzeit zur Verfügung hat.

Wo ich in der nächsten Zukunft einen Schwerpunkt setzen möchte, ist das Thema Kennzahlen. Kennzahlen möchte ich im Magistrat Steyr verstärkt einführen, wir sind da schon dabei, dass wir dieses Kennzahlensystem bei uns einführen. Da geht es mir in erster Linie auch um dieses Thema, Vergleichbarkeit mit anderen Städten. Es hat aus meiner Sicht keinen Sinn, wenn wir irgendwo Verbesserungen mit großem Nachdruck fordern, wo wir in ganz Österreich vielleicht eh schon an der Spitze sind, wo man vielleicht das eine oder andere noch verbessern könnte, aber wir sehen dann anhand dieser Kennzahlen deutlicher, wo unsere Schwächen sind und wo wir noch arbeiten müssen, dass wir uns auch in Steyr verbessern können. Das ist ein Thema, das mir am Herzen liegt und wo wir sicher etwas machen. Zur Methode und zur inneren Organisation, da haben wir ja schon einiges umgesetzt. Wir haben uns vor kurzem auch in einer Klausur darauf verständigt, das hat der Herr Vizebgm. Bremm auch schon gesagt, wir wollen auch die einzelnen Stadträte dazu veranlassen, dass jeder bevor er in den Stadtsenat geht, den Antrag schon genau kennt und sich auch informiert hat. Das ist für mich eine Selbstverständlichkeit, war aber in der Vergangenheit nicht so. Aber es ist ja sehr oft die Formulierung drinnen gestanden „In Abstimmung mit dem zuständigen Referenten“, die Abstimmung war nicht vorhanden, diese Ausrede gibt es in Zukunft nicht mehr. Das ist eine methodische Verbesserung, auf die ich ganz großen Wert gelegt habe. Das sind so die kurzen Punkte, die ich heute noch bringen wollte.

Jetzt weiß ich nicht, ob der Antrag schon fertig ist, ob wir über diesen Antrag schon abstimmen können.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Das ist so. Das heißt, ich bitte um Zustimmung zu dem gemeinsamen Antrag von FPÖ, ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Moment, das muss jetzt ich machen!

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Darf ich nicht vorlesen? Okay!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Es geht jetzt darum, zur Abstimmung kommt der Hauptantrag in Form des gemeinsamen Abänderungsantrages von der SPÖ, FPÖ und ÖVP. Wenn es gewünscht ist, lese ich das noch einmal vor, was geändert worden ist. Der Antrag wird kopiert, er geht dann jedem zu.

GR Mag. Michaela Frech kommt um 13.10 Uhr in die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gemeinsamer Abänderungsantrag

der nachfolgend unterfertigen im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Fraktionen

Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 2002

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 7. 11. 2001, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 2002 wird

im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 77.081.400,-- mit

EURO 78.056.900,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von EURO 17.532.200,-- mit

EURO 18.460.300,--

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, dass sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben auf keinem Fall möglich sind.

Weiters werden sämtliche andere sich aus den oben angeführten Änderungen ergebenden Abänderungen des Voranschlages für das Rechnungsjahr 2002 genehmigt.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlages für das Rechnungsjahr 2002 bleiben unverändert.

Dann gibt es noch die Vereinbarung zum gemeinsamen Abänderungsantrag aller drei Fraktionen.

VEREINBARUNG

zum

GEMEINSAMEN

ABÄNDERUNGSANTRAG

der im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen SPÖ-Gemeinderats-fraktion, F-Gemeinderatsfraktion und ÖVP-Gemeinderatsfraktion

zum Haushaltsvoranschlag der Stadt Steyr

für das Rechnungsjahr 2002

Es wird ein zeitlicher Stufenplan zur raschest möglichen Behebung der Parkplatzsituation im Sinne einer kunden- und mitarbeiterorientierten Wirtschaftspolitik wie folgt festgelegt:

Bereitstellung aller „brach liegenden Flächen“ in Fußwegnähe (max. 10 Minuten zum Zentrum) als kostenlose Dauerparkplätze (400 bis 600) bis zur Fertigstellung einer Innenstadtgarage

Zeithorizont: Frühjahr 2002

Umwandlung der zentralen Dauerparkplätze in Kurzparkzonen: Promenade, Sepp-Stöger-Straße, Schiffmeisterparkplatz, Eybl-Park-
platz; nach Bereitstellung von Dauerparkplätzen.

Zeithorizont: Frühjahr 2002

Festlegung auf einen Standort Zentrumsgarage. Auswahl aus den 4 möglichen Standorten: Promenade, unterhalb Werndlparkgymnasium, Schiffmeisterplatz, unterhalb Dukartstraße.

Zeithorizont: Anfang Sommer 2002

Bau der Garage in raschest möglicher Zeit

Inbetriebnahme 2004 - 2006

So, damit kommen wir jetzt zur Abstimmung. Wer diesem Hauptantrag, in Form des gemeinsamen Abänderungsantrages die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Kurz zur Geschäftsordnung!

Unverständliche Zwischenrufe

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dafür sind SPÖ, FPÖ, ÖVP. Wer ist dagegen? 2 Gegenstimmen (GAL). Keine Stimmenthaltung. Danke, damit ist das Budget für das Jahr 2002 mit großer Mehrheit beschlossen.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich gebe den Vorsitz an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Gibt es zur Geschäftsordnung ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich hätte nur gebeten, ob es vielleicht möglich gewesen wäre, ich weiß es ist nicht üblich, aber mein Wunsch wäre gewesen, dass sie mir vielleicht drei Minuten Zeit gestatten, dass ich mir das vorher durchlesen kann.

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Es tut mir sehr Leid, dass sie zu spät gekommen sind.

Der nächste Punkt wäre dann die aktuelle Stunde, oder wie heißt das eigentlich?

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Heißt das aktuelle Viertelstunde?

Okay, „Aktuelle Stunde“.

SPÖ? Keine Wortmeldung.

FPÖ? Keine Wortmeldung.

ÖVP? Keine Wortmeldung.

Die Grünen? Keine Wortmeldung.

Liberales Forum? Gibt es eine Wortmeldung? Nein, keine Wortmeldung.

Jetzt finde ich in der Eile wahrscheinlich den Zettel gar nicht.

Gelächter

BÜRGERMEISTER ING. DAVID FORSTENLECHNER:

Ich habe nur eine Mitteilung auf alle Fälle anzubringen und zwar, unser übliches Treffen nach der Budgetsitzung um 15.00 Uhr im Schwechaterhof. Es geht leider nicht früher. 15.00 Uhr im Schwechaterhof gemeinsames Treffen, ich hätte alle gerne eingeladen. Herzlichen Dank.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ist noch ein Satz erlaubt? Es sind noch Krapfen draußen, da kann sich jeder noch stärken.

ENDE DER SITZUNG: 13.15 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Ing. David Forstenlechner

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist GR Mag. Gerhard Klausberger

Gabriele Obermair GR Walter Gabath